



MACH' MEINEN KUMPEL NICHT AN!



**»ALLE MENSCHEN WERDEN
SCHWESTERN UND BRÜDER?«**

**ZUSAMMENHALT IN ZEITEN DES RECHTS-
EXTREMISMUS UND RECHTSPOPULISMUS**

Diskussionsbeiträge der Tagung vom 22. November 2014

Impressum

Herausgeber:

Mach' meinen Kumpel nicht an! – für Gleichbehandlung,
gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus e.V.

Hans-Böckler-Straße 39
40476 Düsseldorf

Tel.: 0211 / 43 01-193

Fax: 0211 / 43 01-134

E-Mail: info@gelbehand.de
www.gelbehand.de
www.facebook.de/gelbehand

V.i.S.d.P.:

Giovanni Pollice

Redaktion:

Mark Haarfeldt, Dr. Klaudia Tietze

Fotos:

Tetiana Khmylevska-Mund

Titelbild: AllzweckJack/photocase.com

© Mach' meinen Kumpel nicht an! – für Gleichbehandlung,
gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus e.V.
Düsseldorf, Juli 2015

gefördert von:

Hans **Böckler**
Stiftung 

Inhaltsverzeichnis

05 **Vorwort**

Giovanni Pollice, Klaudia Tietze

06 **Rassismus und Rechtsextremismus als Bedrohung für Demokratie und gesellschaftlichen Zusammenhalt. Herausforderungen und erforderliche Maßnahmen**

Annelie Buntenbach

10 **Die Dritte Volkspartei? Sieben Thesen aus dem Forschungsstand zu rechtspopulistischen Parteien in Westeuropa**

Timo Lochocki

13 **Die extreme Rechte und der Rechtspopulismus in Deutschland. Eine Momentaufnahme**

Fabian Virchow

16 **Rechtspopulismus und rechtsextreme Orientierungen in der Arbeitswelt. Ursachen und Faktoren in einschlägigen Forschungsprogrammen**

Josef Held

20 **Rechtspopulisten im Aufwind. Welche Folgen haben die Europawahlen?**

Frank Decker





Vorwort

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

die Ergebnisse der Europawahlen im Mai 2014 zeigten, dass es Kräfte innerhalb der Europäischen Union gibt, die das größte Friedensprojekt Europas ins Wanken bringen möchten. Der Zusammenhalt verliert an Bedeutung, Nationalismus und Rechtspopulismus haben Zulauf.

Auch in Deutschland werden Zusammenhalt und Akzeptanz immer öfter hinterfragt. Ängste und Vorurteile haben Konjunktur, Rassismus und Wohlstandschauvinismus erleben eine Renaissance. Der Solidaritätsgedanke gerät in den Hintergrund. Seit dem Herbst 2014 bringen jeden Montag Bürger, die einer modernen und offenen Gesellschaft entgegenstehen, ihre Frustration, ihre Ressentiments, ihre Ängste in sogenannten „Spaziergängen“ zum Ausdruck.

Am 22. November 2014 beschäftigten wir uns während unserer Herbst-Tagung „Alle Menschen werden Schwestern und Brüder? – Zusammenhalt in Zeiten des Rechtsextremismus und Rechtspopulismus“ mit den Gefahren, die von Rechtsextremismus und Rechtspopulismus für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft ausgehen. In dieser Broschüre haben wir die Fachvorträge der teilnehmenden Expertinnen und Experten zusammengefasst. Diese sollen uns allen helfen mit guten Argumenten diesen Gefahren zu begegnen.

Die demokratische Gesellschaft muss jeden Tag neu verteidigt werden. Dazu sind wir alle aufgerufen.

Giovanni Pollice
Vorsitzender

Dr. Klaudia Tietze
Geschäftsführerin



Rassismus und Rechtsextremismus als Bedrohung für Demokratie und gesellschaftlichen Zusammenhalt. Herausforderungen und erforderliche Maßnahmen

Annelie Buntenbach



NSU-Untersuchungsausschuss: Umsetzung der Empfehlungen

Rassismus und Rechtsextremismus werden meist dann sichtbar und zum öffentlichen Thema, wenn sie mit Gewalt verbunden sind. Immer noch unfassbar ist, dass die Rechtsterroristen des so genannten NSU (Nationalsozialistischen Untergrund) über so lange Jahre hinweg fast unbehelligt morden konnten. Erschreckend auch, dass die Angehörigen und Betroffenen selbst in den Fokus der Behörden gerieten, verdächtigt und schikaniert wurden. Die Morde und Gewalttaten dieser Rechtsterroristen waren keine singulären Ereignisse. Allein im September 2014 registrierten die Behörden 33 Gewalttaten von Rechts mit 30 Verletzten. Ob alle Taten erfasst wurden, ist nach wie vor unklar und eher unwahrscheinlich, denn die Erfassung von rassistischen Straf- und Gewalttaten wird immer noch unterschiedlich gehandhabt. Ein wichtiger und richtiger Schritt ist das vom Land Brandenburg im Mai 2013 in Auftrag gegebene Forschungsprojekt zur Überprüfung staatlich nicht anerkannter Todesfälle in Brandenburg. Das Projekt, in dem staatliche Stellen und Nichtregierungsorganisationen zusammenarbeiten, will im Mai 2015 seine Ergebnisse und Handlungsanforderungen veröffentlichen. Eine grundlegende Überarbeitung des Themenfeldkatalogs „Politisch-motivierte Kriminalität“ und die Überprüfung der bisher nicht erfassten Mordtaten gehört mit zu den zentralen Empfehlungen des Bundestags-Untersuchungsausschusses für den Bereich der Polizei. Was aussteht, ist die Umsetzung.

Ebenfalls zu den Empfehlungen gehört eine grundlegende Veränderung beim Einsatz von V-Leuten. Offensichtlich ist es so, dass vom Verfassungsschutz finanzierte Neonazis, wie Timo Brandt und viele andere, das Geld der Steuerzahler für

die Aktivitäten ihrer Neonazitruppe nutzen konnten. Oder, wie im Fall der Jugendorganisation der NPD, die Besinnungsaufsätze für den Verfassungsschutz gemeinsam im Vorstand verfassen, die Parteispitze immer auf dem Laufenden war, wer wo auf der payroll stand und der Verfassungsschutz meinte, Originaleinblicke in die Welt der extremen Rechten zu bekommen, wo lediglich die Brille von Neonazis die Wirklichkeit verzerrt hat. Und wenn man das alles inzwischen weiß, muss man daraus doch endlich Konsequenzen ziehen – ein „Weiter so“ kann und darf es in der Frage nicht geben. Aber auch hier gilt bei den guten Empfehlungen des NSU-Untersuchungsausschusses: die Umsetzung steht noch aus.

Auch was die Zusammenarbeit der Strafverfolgungsbehörden betrifft, wurde die Schaffung einer rechtlichen Grundlage für eine zentrale Ermittlungsführung angemahnt. Hier hat das Justizministerium einen Gesetzentwurf auf den Weg gebracht, der auch die Aufnahme rassistischer Motive bei der Strafzumessung vorsieht. Diese Regelung ist ein wichtiger Schritt, den der DGB begrüßt.

Die Bundesregierung hat gegenüber dem Bundestag zwar erläutert, dass inzwischen 244 Maßnahmen eingeleitet bzw. abgeschlossen wurden. Das alles sind Einzelmaßnahmen ohne innere Verbindung. Eine gemeinsame Zielsetzung fehlt. Geschweige denn, dass es eine Strategie gäbe, die auch Empfehlungen zum Umgang mit Opfern oder zur interkulturellen Öffnung mit aufnehmen wird.

Der DGB ist der Auffassung, dies hat auch der Bundeskongress im Mai beschlossen, dass zur Umsetzung der Empfehlungen des Untersuchungsausschusses folgendes dringend nötig ist:

- ▶ eine hinreichende Erfassung aller rechtsextrem, antisemitisch und rassistisch motivierten Straf- und Gewalttaten,
- ▶ Opfer und Betroffene unterstützt und entschädigt werden müssen und
- ▶ eine strukturierte Zusammenarbeit von Bund und Ländern im Rahmen einer Mainstreaming-Strategie bzw. eines Masterplans.

Bekämpfung von Rassismus und Rechtsextremismus: Zielgruppen

Von Rassismus und Rechtsextremismus betroffen sind Menschen wegen ihrer ethnischen Herkunft, Religion oder sexuellen Orientierung. Manchmal aufgrund ihrer Jugendkultur, der sie sich zurechnen, oder ihrer politischen Orientierung. Dabei geht es nicht um ein tatsächlich vorhandenes Merkmal,

sondern um dessen Konstruktion in den Köpfen der Täter. Dies zeigt sich auch bei Anfeindungen und Diskriminierungen in fast allen Lebensbereichen. In der von der Antidiskriminierungsstelle in Auftrag gegebenen Befragung geben 42 Prozent der Migrantinnen und Migranten an, mindestens in einem der abgefragten Lebensbereiche benachteiligt worden zu sein. Dabei gibt es keinen Unterschied zwischen Ost- und Westdeutschland. Zu den am häufigsten genannten Bereichen zählen Ämter und Behörden, Arbeitsmarkt sowie öffentliche Transportmittel.

Den Bereich der beruflichen Ausbildung möchte ich noch etwas näher beleuchten: Dass Jugendliche mit Migrationshintergrund schlechtere Chancen bei der Suche nach einer Ausbildungsstelle haben, ist inzwischen auch in der Politik und bei den Arbeitgebern angekommen. Aber immer noch werden schlechtere Schulabschlüsse oder mangelnde Ausbildungsfähigkeit als zentrale Begründung genannt. Tatsache ist aber, dass Jugendliche mit Migrationshintergrund auch bei gleichen Schulabschlüssen weniger oft zu einem Vorstellungsgespräch eingeladen werden. Dieser Befund stammt aus einer gemeinsamen Untersuchung des Bundesinstituts für Berufsbildung und der Bundesagentur für Arbeit. Die Folgen dieser Diskriminierung sind klar: Jugendliche mit Migrationshintergrund bleiben gegenüber Jugendlichen ohne Migrationshintergrund doppelt so oft ohne Berufsabschluss. Migrantinnen und Migranten sind doppelt so häufig von Arbeitslosigkeit betroffen und werden – wenn sie eine Arbeitsstelle finden – oft unter prekären Arbeitsbedingungen bzw. geringfügig entlohnt bzw. beschäftigt. Nicht zuletzt deshalb sind sie weit stärker auf Transferleistungen angewiesen und von Armut betroffen. Bessere Teilhabechancen, oder wie es früher hieß: bessere Integration, ist zwar wichtig für die ökonomische und gesellschaftliche Eingliederung. Aber die Integration ist kein Mittel zur Verhinderung oder Beseitigung von Rassismus, rassistischen Vorurteilen oder Menschenfeindlichkeit.

Der im Jahr 2008 von der Bundesregierung veröffentlichte „Nationale Aktionsplan zur Bekämpfung von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und darauf bezogene Intoleranz“ wird die Förderung der Integration als „ein maßgebliches Mittel zur Bekämpfung solcher Vorurteile und eventuell daraus erwachsenden Diskriminierungen“ bezeichnet. Diese Aussage ist bezeichnend für die damalige ideologische Grundhaltung in den Ministerien. Unsere Kolleginnen und Kollegen mit Migrationshintergrund haben sie als Aufforderung zur Anpassung verstanden, nach dem Motto: „Wer sich anpasst, nicht auffällt und sich in Konflikten wegduckt, der trägt zur Bekämpfung von Rassismus bei.“ Die Koalitionsparteien haben nun vereinbart, den Aktionsplan zu überarbeiten und zu erweitern. Ich bin nicht sicher, ob die Kritik an dem alten Plan und die vielen wissenschaftlichen Studien in den Ministerien zu einer Veränderung der Grundhaltung geführt haben. Daher möchte ich Euch alle ermutigen, sich in die Debatte um die Weiterentwicklung des Plans einzuschalten, eigene Vorschläge für nachhaltige Strategien zur Bekämpfung von Rassismus und Rechtsextremismus zu entwickeln.

Die Bekämpfung von Rechtsextremismus, die Beseitigung rassistischer Diskriminierungen und die Auseinandersetzung mit rassistischen Einstellungen erfordert zunächst

die Klärung der Frage, wer Adressat von Strategien und Maßnahmen sein soll. Studien zur gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit der Bielefelder Forschungsgruppe und zu rechtsextremen Einstellungen der Leipziger Forschungsgruppe zeigen deutlich, menschenfeindliche und rechtsextreme Einstellungen sind bis in die Mitte der Gesellschaft weit verbreitet. Die in diesem Jahr erschienene Untersuchung „Die stabilisierte Mitte. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2014“, die von Oliver Decker, Johannes Kiess und Elmar Brähler veröffentlicht wurde, belegt das deutlich. Während die Zustimmung zu antisemitischen Aussagen über die Jahre hinweg fast gleichbleibend bei rund 10 Prozent liegt, ist die Zustimmung zu chauvinistischen Aussagen, insbesondere wenn sie sich auf die Befürwortung eines starken Nationalgefühls beziehen, angestiegen. Vor allem feindliche Aussagen gegenüber Migrantinnen und Migranten werden breit getragen. So stimmten 27,5 Prozent „der Überfremdungsthese“ überwiegend oder voll und ganz zu. In den letzten Jahren zeigt sich, dass biologistische Argumentationen an Bedeutung für rassistische Einstellungen verlieren. Stattdessen nehmen kulturalistische Argumentationen, wie Islamfeindlichkeit und Antiziganismus, zu. Vor allem die öffentliche Debatte über die Arbeitnehmerfreizügigkeit und den Zuzug aus Bulgarien und Rumänien hat die abwertenden Haltungen zu Sinti und Roma weiter verstärkt. Mehr als die Hälfte der Bevölkerung erklärt, dass sie Probleme haben, wenn sich Sinti und Roma in der Gegend aufhalten. Gegenüber 2011 ist dies ein Anstieg von rund 15 Prozent. Ähnlich wirkt sich die Debatte um steigende Asylantragszahlen aus. Auch hier sind die ablehnenden Haltungen gegenüber 2011 weiter angestiegen.

Für die Frage der Adressatenkreise bedeuten die Ergebnisse, dass neben den rechtsextremen Gruppen vor allem die Mitte der Gesellschaft in den Blick genommen werden muss. Dazu gehört auch ein Großteil der Gewerkschaftsmitglieder. Erinnern möchte ich in diesem Zusammenhang an die von Richard Stöss erstellte Untersuchung zur rassistischen und rechtsextremen Einstellungen bei Gewerkschaftsmitgliedern. Auch Josef Held hat schon in den 1980er Jahren in einer Untersuchung darauf hingewiesen, dass Gewerkschaftsmitglieder, vor allem junge Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, Adressat von antirassistischen Maßnahmen sein sollten. Gewerkschaften sind sowohl Akteure als auch Adressaten in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Rassismus. Betrachten wir die Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg, so zeigen die Ergebnisse, dass rechtspopulistische Positionen, wie die von der AfD, auch Zustimmung bei den Gewerkschaftsmitgliedern gefunden haben.

Bekämpfung von Rassismus und Rechtsextremismus: Handlungsfelder

Einige erforderlichen Maßnahmen, die sich vor allem auf die Bundesregierung beziehen, habe ich bereits genannt. An dieser Stelle möchte ich stichwortartig Handlungsfelder benennen und fange nochmals bei der Politik an:

Rassistische Einstellungen können nicht auf einzelne politische Entscheidungen oder Aussagen von Politikerinnen und Politiker zurückgeführt werden. Dennoch, dies zeigt auch die populistische Debatte um den Zuzug aus Bulgarien und Rumänien, können politische Kampagnen, wie die des bayerischen Ministerpräsidenten, fatale Wirkung zeigen. Wie als Selbstverstärker werden dann vorhandene Abwertungen und Einstellungen in der Bevölkerung herangezogen, um Gesetze zu verändern oder Partizipationsrechte einzuschränken. An dem Gesetzentwurf zur Unterstützung von Kommunen und zur Einschränkung des Freizügigkeitsrechts kann man diese Abläufe besonders deutlich sehen. In der Debatte im Bundestag am 6. November 2014 begründete der Staatssekretär Günter Krings des Bundesinnenministeriums die strafverschärfenden Regelungen zur Bekämpfung eines – aus meiner Sicht nur vermeintlich vorhandenen Missbrauchs – folgendermaßen: „Damit wollen wir zugleich die Aufnahmebereitschaft in unserer Gesellschaft, insbesondere für Menschen erhalten, die zu uns kommen und unserer Hilfe in besonderer Weise bedürfen.“ Dass dies Wasser auf die Mühlen von Rechtsextremen und Rechtspopulisten ist, verwundert nicht. NPD und insbesondere die AfD haben in Äußerungen die Zustimmung zu dem Gesetzentwurf für sich in Anspruch genommen.

Die politische Auseinandersetzung über Herausforderungen sowie ökonomische und gesellschaftliche Probleme muss sachlich geführt werden und so gestaltet sein, dass Anknüpfungspunkte für rechtsextreme Ideologien vermieden werden. Politikerinnen und Politiker sind daher nicht nur Akteure im Kampf gegen Rechtsextremismus, sondern auch Adressaten.

Der Kampf gegen rechtsextreme Organisationen, Parteien und Aufmärsche ist ein zweites Handlungsfeld, in dem auch Gewerkschaften aktiv sind. Es ist nicht akzeptabel, dass rechtsextreme Parteien wie die NPD mit Steuermitteln Propaganda und Aufmärsche organisieren oder unterstützen, in denen ethnische oder soziale Gruppen der Gesellschaft angefeindet werden und im Schulterchluss mit den offengewalttätigen Kameradschaftsspektrum Diskriminierung, Ausgrenzung und Angriff gegen alles organisiert wird, das nicht ins „deutsche Weltbild“ passt. Deshalb ist der DGB der Auffassung, dass die NPD verboten gehört. Völlig falsch ist das Signal, dass die Bundesregierung gegeben hat, indem sie einen Beitritt zum Verbotverfahren ablehnt. Neben Verboten geht es aber auch darum, die Übernahme von Öffentlichkeit, Plätzen und Straßen durch Rechtsextreme zu verhindern. Auf unserem Bundeskongress hatten wir eine sehr intensive und sachorientierte Debatte zur Frage von Aktionen des zivilen Ungehorsams. Im Ergebnis hat der Kongress beschlossen, dass der DGB Gegendemonstrationen nicht nur unterstützt, sondern auch Menschen solidarisch hilft, die infolge einer Teilnahme an gewerkschaftlichen Aktionen des „Zivilen Ungehorsams“ Sanktionen ausgesetzt sind.

Ziel rechtsextremer Aufmärsche ist auch die Bevölkerung zu verunsichern und Minderheiten weiter auszugrenzen. Nach meiner Ansicht sind Maßnahmen in zwei Bereichen notwendig:

- a) Opfer von Straf- und Gewalttaten müssen bei der Durchsetzung ihrer Ansprüche gegenüber den Tätern gestärkt werden. Aber auch wegen der psychologischen Folgen von Gewalt, Anfeindungen und Diskriminierungen sind Maßnahmen zur Stärkung erforderlich. Ich denke im Hinblick auf rechtliche Fragen an Veränderungen beim Diskriminierungsschutz und im Zivilrecht.
- b) Anders als bei den Morden des Rechtsterroristen Anders Breivik in Norwegen, reagieren wir in Deutschland häufig nicht nur hilflos, sondern suchen nach Ursachen, die im Feld der Betroffenen liegen. Gibt es Anfeindungen gegenüber Flüchtlingen wird die Frage nach möglichen Beschränkungen im Asylrecht gestellt. Stattdessen sollte den Rassisten unsere Vielfalt und die Akzeptanz unterschiedlicher Lebensformen entgegen gestellt werden. Es geht darum, den Aktionsradius des organisierten Rechtsextremismus nach Kräften einzuschränken. Da ist der Gesetzgeber gefordert, rechtsextreme Organisationen und Strukturen zu verbieten. Da sind wir alle gefordert. Denn da, wo engagierte Demokratinnen und Demokraten auf der Straße stehen, sich einmischen, bleibt kein Platz für Nazis.

Es geht darum, die extreme Rechte zu schwächen und diejenigen zu stärken, die sich gegen Rassismus, Rechtsextremismus und Ausgrenzung einsetzen. Das gilt für zivilgesellschaftliche Organisationen, die Opfer und Betroffene beraten und unterstützen gleichermaßen. An dieser Stelle will ich ausdrücklich die Kolleginnen und Kollegen, die sich bei den Koalitionsverhandlungen für eine zukunftsfeste Finanzierung der Antirassismusbearbeitung eingesetzt haben, loben. Auf Basis des Koalitionsvertrages ist es inzwischen gelungen, ein neues Bundesprogramm unter dem Titel „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“ aufzulegen. Auch wenn uns die zur Verfügung stehende Summe von 30 Millionen Euro jährlich nicht reicht, so kann erstmals die Grundausstattung von Vereinen und Einrichtungen unabhängig von Projektförderungen unterstützt werden. Ich finde, dass sich andere Ministerien die Entwicklung des Programms als Beispiel nehmen sollten. Manuela Schwesig und ihre Kolleginnen und Kollegen haben die Zivilgesellschaft von Anfang an in die Entwicklung einbezogen.

Schulen, Universitäten und andere Bildungseinrichtungen sind ebenfalls Orte, an denen die antirassistische Bildung verstärkt werden muss. Das gilt vor allem für die Menschenrechtsbildung.

Handlungsfeld Arbeitswelt: Schaffung gleicher Teilhabechancen

Die Arbeitswelt gehört für uns als Gewerkschaften zu den zentralen Handlungsfeldern. Wir müssen erkennen, dass auch hier Diskriminierungen und Anfeindungen wegen der Konstruktion einer ethnischen Herkunft oder der Zugehörigkeit zu einer Religionsgruppe verbreitet sind. Vor allem beim Zugang

zu Ausbildung und Beschäftigung werden Vorbehalte und Vorurteile deutlich sichtbar. Die bereits von mir erwähnte Untersuchung des Bundesinstituts für Berufsbildung und der Bundesagentur für Arbeit zu den Bewerbungsverfahren für Azubis stellt fest, dass Jugendliche mit ausländisch klingenden Namen trotz gleicher Schulabschlüsse wesentlich weniger Einladungen zu einem Vorstellungsgespräch als Jugendliche ohne Migrationshintergrund bekommen. Besonders gravierend zeigt sich dieser Unterschied, wenn es sich um Jugendliche türkischer oder arabischer Herkunft handelt. Hier kommen individuelle Vorbehaltsstrukturen zusammen mit Formen des strukturellen Rassismus. Begründet wird die Unterscheidung vor allem mit Gefahren für die Zusammenarbeit der Belegschaft und Vorbehalten von Kunden. Formen strukturellen Rassismus finden wir auch später, wenn es um die innerbetriebliche Weiterbildung oder die Aufstiegsförderung geht. Auch hier werden häufig individuelle Leistungen und Kompetenzen ignoriert, sondern Vorbehalte pauschal gegenüber allen Beschäftigten einer konstruierten Gruppe zum Ausschluss genutzt.

Wir setzen auf die Schaffung gleicher Teilhabechancen in der Arbeitswelt. Dazu erforderlich ist auch ein Umdenken in den Unternehmensspitzen. Da gibt es allerdings eine Reihe von Konzepten aus dem Bereich des Diversity-Managements, die uns sicher nicht helfen, denn mit ihnen werden

Konstruktionen ethnischer Zugehörigkeit befördert. In dieser Hinsicht kritisch zu hinterfragen, ist auch das Konzept der Gleichstellungsberichterstattung. Allerdings ist anzuerkennen, dass damit Betriebs- und Personalräte ein Mittel in der Hand haben, mit dem Maßnahmen zur Weiterbildung und Aufstiegsförderung gemessen werden können. Wenn ich von der Arbeitswelt als Handlungsfeld spreche, dann bin ich schnell bei gewerkschaftlichen Initiativen, wie Respekt und beim Kumpelverein. Der Kumpelverein setzt sich seit Jahren für Gleichbehandlung ein und befördert die betriebliche Auseinandersetzung mit Rassismus und Intoleranz. Wichtig dabei ist auch der Wettbewerb „Die Gelbe Hand“, über den Jugend- und Ausbildungsgruppen motiviert werden, sich mit Rassismus in Betrieb und Ausbildung zu beschäftigen. Genau so wichtig ist, dass der Verein in den letzten Jahren begonnen hat, aktive Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter bei ihrer Arbeit zu unterstützen und den Kreis der Förderer erweitert. Nicht zuletzt das neu geplante Projekt zur Implementierung antirassistischer Inhalte in die berufliche Ausbildung kann zur Auseinandersetzung mit rassistischen Vorbehalten und strukturellem Rassismus beitragen.

Annelie Buntenbach ist geschäftsführender Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes



Die Dritte Volkspartei? Sieben Thesen aus dem Forschungsstand zu rechtspopulistischen Parteien in Westeuropa

Timo Lochocki



1 Rechtspopulisten sind weder Rechtsextreme, noch Konservative, noch Liberale

Alle rechtspopulistischen Parteien in Westeuropa zeichnen sich durch eine klare programmatische Linie aus, die sie klar von anderen Parteien abgrenzen. Die internationale Forschungslandschaft hat vier zentrale Programmpunkte rechtspopulistischer Parteien herausgearbeitet, die in dieser Kombination nur bei dieser Parteifamilie anzufinden sind: dies sind das Selbstverständnis als demokratische „Protestpartei“, ein eher geringer Fokus auf Wirtschafts- und Sozialpolitik und stattdessen eine starke Betonung einer konservativen Gesellschaftspolitik, hier v.a. sehr konservative Positionen in der Integrations- und Migrationspolitik, als auch eine klare Ablehnung der Westbindung an die USA und der Europäischen Integration. Über exakt dieses Profil verfügt auch die Alternative für Deutschland (AfD), was sie als integralen Bestandteil der rechtspopulistischen Parteienfamilie in Europa ausweist.

Es gibt allerdings hier auch programmatische Überschneidungen mit anderen Parteien, die erklären, warum es gerade im politischen Diskurs etwas schwerer ist, Parteien wie die AfD klarer zu fassen. Respektive, dies erklärt, warum es Parteivertreterinnen und Parteivertreter rechtspopulistischer Bewegungen zuweilen leicht fällt, sich mit anderen Begrifflichkeiten zu schmücken – hier wird freilich v.a. oft die Nähe zu konservativen und/oder liberalen Parteien gesucht. De facto teilen Rechtspopulistinnen und Rechtspopulisten mit konservativen Parteien, wie z.B. der CDU/CSU, allein die konservative Position in der Gesellschaftspolitik, d.h. v.a. in der Integrations- und Migrationspolitik. Mit liberalen Parteien, wie z.B. der FDP, gibt es hingegen keinerlei thematische Überschneidungspunkte. Viel mehr programmatische Gemein-

samkeiten gibt es allerdings mit rechtsextremen Parteien, wie im deutschen Falle der NPD: in rechtspopulistischen und rechtsextremen Parteifamilien gleichermaßen findet man einen geringeren Fokus auf wirtschaftspolitischen Fragen und eine starke Ablehnung der transatlantischen Partnerschaft mit den USA und der Europäischen Integration. Der zentrale Unterschied zwischen AfD und NPD, um beim deutschen Beispiel zu bleiben, ist allerdings, dass sich die AfD als Protestpartei im demokratischen Spektrum versteht, also ihre Anliegen im parlamentarischen System gut aufgehoben sieht. Was sie ablehnen, sind hingegen die Eliten anderer Parteien, nicht aber das demokratische System per se. Rechtsextreme Parteien vom Schlage der NPD wollen hingegen das demokratische System in toto abschaffen und durch eine autoritär-totalitäre Regierungsform ablösen. Es ist ergo festzuhalten, dass rechtspopulistische Parteien in Westeuropa eine klare definierbare und abgrenzbare Parteienfamilie darstellen, zu der auch die AfD gehört.

2 Das einigende inhaltliche Band von Rechtspopulisten ist nostalgischer Nationalismus

Passend zur Abgrenzung zu rechtsextremen Parteien, sind die Wahlprogramme von rechtspopulistischen Parteien auch nicht offen rassistisch, sondern sehr bemüht, nationalistische Standpunkte in ein konservatives Kleid zu verpacken, um sie salonfähiger erscheinen lassen. So mag die rechtsextreme NPD „Muslime raus!“ plakattieren, während sich Marine Le Pen doch deutlich rechtspopulistische Front National eher subtil um die Bewahrung der Trennung zwischen Staat und Kirche (Laïcité) „sorgt“, die sie durch die Einwanderung von muslimischen Mitbürgerinnen und Mitbürger bedroht sieht. Rechtspopulistische Rhetorik ist daher auf den ersten Blick weniger aggressiv, da sie seltener betont, wer nicht zur nationalen Gemeinschaft gehört, sondern eher unterstreicht, was deren vermeintlichen Kern ausmacht – und auf diesem Wege freilich einen ähnlichen Ausgrenzungsmechanismus betreibt.

Die zentrale Programmatik jener Parteien besteht ergo aus einem „Nationalismus light“, der sich vor allem gegenüber vermeintlichen Eindringlingen von außen definiert. Auf diesem Wege ist es möglich, eine vermeintlich schützende, nationale Gemeinschaft diskursiv zu konstruieren, nach der sich viele Europäerinnen und Europäer in einer hyperkomplexen und globalisierten Welt sehnen.

Heimatverbundenheit und Nostalgie wird durch eine Ablehnung aller Symbole betont, die mit dem Verlust „der

guten alten Zeit“ in Verbindung gebracht werden: Wertewandel, Globalisierung, symbolisiert durch die EU, und vor allem Einwanderung, die das soziale Gefüge europäischer Gesellschaften verändert. Alle drei stehen für den sozialen Wandel der letzten 30 Jahre, gegenüber dem rechtspopulistische Parteien einen vermeintlichen Ausweg anbieten: eine nationalistische Nostalgie, die sich aggressiv gegen Symbole dieses sozialen Wandels positioniert.

Rechtspopulistische Rhetorik versteht sich somit gezielt als Antwort und Gegenreaktion auf einen medienwirksamen, linksliberalen Diskurs, der v.a. auf den Forderungen nach Individualismus, Toleranz, Multikulturalismus und Internationalisierung beruht. Dieser wird in substantiellen Teilen der Wählerschaft als verunsichernder gesellschaftspolitischer Wandel verstanden, da er als „unkontrollierbar“ wahrgenommen wird. Rechtspopulistinnen und Rechtspopulisten machen sich diese Unbehagen zu Nutze, in dem sie Zuwanderung, Multikulturalismus und den Einfluss der EU als Sündenböcke für die großen individuellen Verunsicherungen vieler Europäer instrumentalisieren. Dieser Logik folgend, verspricht die Rückkehr zu einer vermeintlich kulturell homogenen Nation dem Bürger verlorengegangenen Halt und Orientierung. Die Nation und v.a. ihr sozial konstruierter kultureller Kern muss daher gegen jeglichen Einfluss „von außen“ „verteidigt“ werden.

Das Hochhalten von Heimatverbundenheit und eine Ablehnung sozialen Wandels erscheinen allerdings auf den ersten Blick als klassisch konservative Positionen, die eigentlich bei den etablierten, moderaten Christdemokratinnen und Christdemokraten oder Konservativinnen und Konservativen gut aufgehoben sein könnten. Es wundert daher nicht, dass Parteienforscherinnen und Parteiforscher wie der schwedische Professor Jens Rydgren, die Wähler rechtspopulistischer Parteien als „eigentlich klassische konservative Wählerklientel“ bezeichnen.

3 Die Wähler von Rechtspopulisten stammen aus der Mitte der Gesellschaft

Anknüpfend an die Äußerungen des Parteienforschers Jens Rydgren wundert es daher nicht, dass die Wählerinnen und Wähler rechtspopulistischer Parteien mitnichten aus sog. unteren Einkommenschichten oder eher bildungsfernen Schichten stammen. Ganz im Gegenteil, das Wählerprofil rechtspopulistischer Parteien unterscheidet sich nur marginal von dem anderer Parteien: Zwar sind Männer mit niedrigeren Bildungsabschlüssen in ihrer Wählerschaft leicht überrepräsentiert; dennoch reicht ihre Anziehungskraft weit in alle Wählerschichten hinein – weitestgehend unabhängig von Einkommen, Ausbildungsstand oder Alter ihrer Wähler. Die jüngsten Wahlanalysen zu den Landtagswahlen in Ostdeutschland, in denen die AfD beachtliche Stimmenzuwächse verzeichnen konnte, passen in das Bild der europaweiten Wahlforschung: die AfD ist vom Wählerprofil her auf dem Weg zur dritten deutschen Volkspartei.

4 Rechtspopulisten sind mindestens die drittstärkste politische Kraft in Europa

Diesen Status, den der dritten Volkspartei, haben rechtspopulistische Parteien in den meisten europäischen Staaten bereits erreicht: Gerade die jüngsten Wahlumfragen legen beredt Zeugnis davon ab, wie ernst zu nehmen rechtspopulistische Parteien sind. Ein Vergleich der Zahlen Westeuropa betreffend zeigt, dass Rechtspopulisten gut und gerne zwischen 20-30% Wählerzustimmung erhalten können. Sie sind in einigen Staaten, z.B. der Schweiz, gar stärkste Kraft und konkurrieren in vielen anderen Ländern auf Augenhöhe mit den sozialdemokratischen und konservativen Parteien, so in Dänemark, Frankreich, Italien, den Niederlanden und Österreich.

5 Rechtspopulisten ziehen in ökonomisch guten Zeiten in die Parlamente ein

In krassem Widerspruch gegenüber vielen Debattenbeiträgen weisen wissenschaftliche Studien unisono daraufhin, dass rechtspopulistische Parteien v.a. in ökonomisch guten Zeiten substantielle Wahlerfolge verbuchen können. Dies hat v.a. zwei Gründe: zum einen sind die etablierten konservativen Parteien gerade in ökonomisch guten Zeiten geneigt eine liberale Gesellschaftspolitik zu fahren, was eine Nische für rechtspopulistische Parteien öffnet; und zum anderen: da Wählerinnen und Wähler allein in ökonomisch guten Zeiten gesellschaftspolitischen Themen (wie Migrations- und Integrationsfragen) Priorität gegenüber sozialpolitischen Themenkomplexen einräumen.

Dies erklärt, warum rechtspopulistische Parteien v.a. in den ökonomisch prosperierenden Alpenrepubliken, Skandinavien und den Niederlanden hartnäckig große Erfolge einfahren können. Auch wenn die aktuellen ökonomischen Herausforderungen Italiens und Frankreichs bei gleichzeitig deutlichen Stimmengewinnen von rechtspopulistischen Parteien diese These scheinbar herausfordern, so bestätigen sie sie doch schlussendlich, da die ersten deutlichen Wahlerfolge der Front National und der Lega Nord in die Glanzzeiten der französischen und italienischen Volkswirtschaften um 1990 fallen. Die Tatsache, dass Rechtspopulistinnen und Rechtspopulisten in den von der Wirtschaftskrise schwer getroffenen Staaten Spanien, Portugal und Irland aktuell keine Chance haben, ist weiteres Indiz für diese These. Es wirkt ebenfalls nicht Wunder, dass Deutschland, das von 1992 bis Ende der 2000er Jahre mit enormen ökonomischen Probleme zu kämpfen hatte, erst nach einer langjährigen Phase relativer ökonomischer Prosperität in diesen Jahren mit dem Aufstieg einer rechtspopulistischen Partei konfrontiert ist. Denn in ökonomisch schlechten Zeiten suchen Wählerinnen und Wähler nach Parteien mit stark ausgeprägtem sozialpolitischem Profil. Damit können rechtspopulistische Parteien wie die AfD schlicht nicht dienen.

6 Die Etablierung einer rechtspopulistischen Partei führt zu einem Rechtsschwenk

Parlamentseinzüge rechtspopulistischer Parteien lösen ein komplexes Geflecht politischer Dynamiken aus, auf die aufgrund der Kürze des Platzes nur knapp eingegangen werden kann. In der Summe ist dennoch festzuhalten, dass Wahlerfolge von Rechtspopulisten drei klare Folgen haben: Zum einen eine deutliche Verschärfung der Integrations-, Asyl-, Migrationsgesetzgebung, ein deutliches Abebben von politischen Forderungen nach mehr europäischer Integration und zum dritten eine deutliche Stärkung der strategischen Optionen der konservativ-bürgerlichen Parteien.

Ersteres und zweites geschieht weniger aufgrund direkter Regierungsbeteiligungen rechtspopulistischer Parteien, sondern daher, da fast alle moderaten Parteien zentrale Bestandteile rechtspopulistischer Migrations- und Europapolitik in ihren Forderungskatalog mit aufnehmen, um nicht noch mehr Wähler zu verlieren. So ist z.B. eine Liberalisierung von Asyl- und Migrationsgesetzgebung ‚gegen‘ eine etablierte rechtspopulistische Partei fast unmöglich. Ebenso wird ein offensiver pro-europäischer Parteidiskurs durch die Präsenz einer rechtspopulistischen Partei deutlich erschwert. Beste Beispiele hierfür für diese Renationalisierung der Migrations- und Europapolitik sind Italien, Frankreich, die Niederlande und die Schweiz – also Ländern, die durch zahlreiche Wahlerfolge rechtspopulistischer geprägt sind.

Die enorme Stärkung der bürgerlichen Parteien beruht hingegen auf zwei politischen Prozessen: zum einen auf der Tatsache, dass sozialdemokratische Parteien nach einigen Jahren fast ihre gesamte konservative Wählerschaft an Rechtspopulistinnen und Rechtspopulisten verlieren; und zum zweiten daran, dass allein Mitte-Rechts Parteien mit rechtspopulistischen Parteien koalitionsfähig sind. Beide Prozesse schwächen die sozialdemokratischen Kräfte enorm. Eine sozialdemokratisch geführte Regierung ist gegen eine etablierte rechtspopulistische Partei fast unmöglich. Die strukturelle Schwäche von sozialdemokratischen Parteien in Westeuropa seit Ende der 1990er Jahre ist hierfür ein guter Beleg, als auch die jüngsten Geschehnisse in Schweden deutlich zeigen, dass der größte Gewinner des Aufstiegs von rechtspopulistischen Parteien das bürgerliche Lager ist.

7 Das weitere Fortkommen der AfD hängt fast ausschließlich von SPD und CDU/CSU ab

Die Gründe für das Erstarken bzw. Scheitern rechtspopulistischer Parteien ist auch sehr eng mit dem Verhalten der etablierten Parteien verwoben. Zwar spielen der Medienzugang und die Organisationsstruktur rechtspopulistischer Parteien ebenfalls eine Rolle, jüngste Studien von Antonis Ellinas an der Princeton Universität belegen aber, dass die ersten Erfolge rechtspopulistischer Parteien fast allein vom Verhalten etablierter politischer Kräfte abhängen. Ein großes Forschungsprojekt an der Universität Zürich unter Leitung von Professor Hans-Peter Kriesi zeigt ferner, dass die Fähigkeit, sich nach

ersten Wahlerfolgen im Parteiensystem zu etablieren, ebenfalls stark vom Verhalten der etablierten konservativen und sozialdemokratischen Parteien beeinflusst wird.

Rechtspopulistische Parteien feiern stets dann Erfolge, wenn große Debatten über nationale Symbole ohne eine klar konservative Position einer etablierten Partei von statten gehen. Diese Nationalsymbole treten stets auf das politische Parkett, wenn sich eine Nation gegenüber Veränderungen „von außen“ neu definiert; die beiden entscheidenden Themengebiete sind daher die Europäischen Union und Fragen der Einwanderung und Integration.

Man kann dies am deutschen Fall schön nachzeichnen: Der einzige Zeitpunkt, an dem Zuwanderungsfragen in Deutschland hoch kontrovers diskutiert wurden und alle etablierten Parteien liberale Positionen bezogen, waren die späten 1980er Jahre, die zum Aufkommen der Republikaner (REP) führten. Da aber die CDU/CSU als auch die SPD in beiden großen integrationspolitischen Debatten der Berliner Republik – der Asyldebatte 1992/93 und der Leitkulturdebatte 2000/2001 – klar konservative Positionen bezogen, konnten sich keine rechtspopulistische Partei rechts der CDU/CSU etablieren; die beiden deutschen Volksparteien banden das konservative Wählerpotenzial wieder an sich.

Europafragen waren in Deutschland hingegen nie Bestandteil einer substanziellen politischen Auseinandersetzung, da sich alle deutschen Parteien in ihrem pro-europäischen Kurs weitestgehend einig waren. Dies änderte sich zum ersten Mal in den letzten Jahren: Angela Merkel nahm erstmals Abkehr vom klar pro-europäischen Kurs der CDU/CSU und vertrat in den vergangenen Jahren zum Teil nationalkonservative Standpunkte. Da sie diese aber wieder sichtbar relativierte und auch die SPD auf europäische Solidarität pochte, ging eine elektorale Nische für die AfD auf.

Die konservativ-nationalistischen Geister, die sich nun in der AfD sammeln, hat Angela Merkel also zu einem Teil selbst gerufen, es aber vermieden, sie durch ein Durchhalten einer nationalkonservativen Agenda weiter an die CDU/CSU zu binden.

Ob die etablierten Parteien einen substanziellen Teil der möglichen AfD-Wählerschaft wieder an sich binden können, wird daher zu einem Großteil von den europa- und zuwanderungspolitischen Debatten der nächsten Jahre abhängen. Wenn die beiden Volksparteien CDU/CSU und SPD hier ein konservatives Profil wahren, würde dies der AfD ihren entscheidenden Programmpunkt rauben: die konservative Position in Debatten um deutsche Nationalsymbole, die sich vor allem in großen politischen Auseinandersetzungen um die Europäischen Union und Einwanderung bzw. Integration zeigen.

Dr. Timo Lochocki ist Transatlantic Fellow im Europaprogramm des German Marshall Fund of the United States in Berlin. Darüber hinaus ist er Dozent für Europäische Politik an der Humboldt Universität zu Berlin.

Die extreme Rechte und der Rechtspopulismus in Deutschland.

Eine Momentaufnahme

Fabian Virchow



Im Spätherbst 2014 fanden in der Bundesrepublik Deutschland verschiedene Ereignisse mediale Aufmerksamkeit. Nach zwei Legislaturperioden scheiterte die NPD bei der Landtagswahl in Sachsen – wenn auch knapp – am Wiedereinzug; in München werden weiterhin Zeugen und Zeuginnen befragt, um dem Gericht im Verfahren gegen die rechte Terrorgruppe „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU) ein Urteil über die Anklagepunkte zu ermöglichen. In Köln und Hannover folgen Tausende dem Aufruf der Gruppe „HoGeSa“ (Hooligans gegen Salafisten), in Dresden denjenigen der „Pegida“ (Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes) – und an zahlreichen Orten kommt es zu Anschlägen auf Flüchtlingsunterkünfte.

Im Übergang zum Jahr 2015 ist die Lage unübersichtlich. Neben bisher unbekanntem politischen Akteuren wie der Pegida ist auch die seit fünfzig Jahren bestehende NPD aktiv. Sie hat sich in den letzten zehn Jahren gegenüber der Partei Die Republikaner und der DVU als die radikalere Variante durchgesetzt und war zuletzt noch in den Landesparlamenten in Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern mit Fraktionen vertreten. Dass ihr dies über zwei Legislaturperioden gelang, deutet auf eine gewisse soziale und politische Verankerung in beiden Bundesländern hin. Bei den Landtagswahlen in Sachsen am 31. August 2014 fehlten ihr nur wenige Hundert Stimmen, um erneut Abgeordnete entsenden zu können. Der ebenfalls verfehlte Einzug in Thüringen, mit dem viele Beobachterinnen und Beobachter gerechnet hatten, hat die Partei deutlich zurückgeworfen.

Der Bundesparteitag der NPD am 2. November 2014 stand ganz unter dem Eindruck der Rückschläge bei den Wahlen. In der Partei konkurrieren verschiedene Positionen, die sich an der Frage reiben, wie offen nationalsozialistisch die Partei auftreten soll bzw. wie eng die Zusammenarbeit mit Neonazis außerhalb der NPD gestaltet werden soll. Parteichef Udo

Pastors hatte kein Interesse an einer Weiterführung des Amtes und altgedienten Kadern schien die Situation zu unübersichtlich, so dass sie nicht kandidierten. Schließlich wurde mit nur 62% der Delegiertenstimmen der 35-jährige Frank Franz zum neuen Bundesvorsitzenden gewählt. Er war bereits zuvor als Pressesprecher und NPD-Kader im Saarland aktiv. Mit ihm findet die Linie „Radikale Seriosität“ Fortsetzung; in der Praxis bedeutet dies zunächst den pragmatischen Versuch der Festigung der kommunalen Mandate und deren Nutzung für die Propagierung der Kernthemen der NPD. Entsprechend aktiv ist die Partei gegen weitere Migration und die Aufnahme von Flüchtlingen. Zudem sind die Handlungsmöglichkeiten der NPD noch immer durch enge finanzielle Spielräume eingeschränkt.

Schließlich schwebt über der Partei das vor dem Bundesverfassungsgericht anhängige Verbotsverfahren, das sich in der Vorprüfungsphase befindet. Zwar trägt die NPD demonstrativ Zweckoptimismus vor sich her („Endlich können wir den Vorwurf der Verfassungsfeindlichkeit entkräften“), sicher ist sich die Partei aber bezüglich des Ausgangs des Verfahrens nicht. In den letzten Monaten hat sie versucht, mittels zahlreicher Klagen – unter anderem gegen den Bundespräsidenten oder Minister und Ministerinnen, die sich kritisch und ablehnend zur NPD geäußert hatten – und der damit verbundenen Berichterstattung ein breites Publikum für ihre Erzählung von der ungerecht behandelten Partei zu erreichen. Zugleich entwickelt sie – nicht zuletzt an der Frage des Europäischen Rettungsschirms – einen Rechtfertigungsdiskurs für ein Widerstandsrecht: Demnach sei gegen die Maßnahmen zur Kontrolle der Finanzmarktkrise Widerstand im Sinne des Art. 20 Abs. 4 GG möglich und notwendig. Entsprechend dieser Perspektive sieht die NPD die „tatsächlichen Verfassungsfeinde“ in der Bundesregierung und den Regierungsparteien. Das Verbotsverfahren bindet bereits jetzt einen Teil der ohnehin knappen Ressourcen der NPD; sollte die Partei vom Bundesverfassungsgericht verboten werden, kann sie sich an den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte wenden. Aber auch wenn dieser nach einigen Jahren das Urteil als fehlerhaft bezeichnen würde, wäre die Partei zunächst verboten und damit auch mögliche Nachfolgeorganisationen.

Von einem solchen Verbot könnten zwei bereits existierende neonazistische Parteien und die „Kameradschaften“ profitieren. Die am 27. Mai 2012 in Hamburg gegründete Partei Die Rechte hat mit ihren etwa 500 Mitgliedern ihre Aktionsschwerpunkte in Nordrhein-Westfalen, tritt aber auch zunehmend in Berlin auf. Ihr Vertreter im Stadtrat von Dortmund beehrte kürzlich zu wissen, wie viele Juden in der Stadt leben würden. An anderen Orten organisierte sie Aktionen gegen Flüchtlinge und Einwanderung. Ihr Gründer

Christian Worch hatte die Partei unter Beteiligung ehemaliger Führungsmitglieder der DVU gegründet; wichtige Positionen werden inzwischen von Angehörigen verbotener neonazistischer Vereinigungen besetzt.

Insbesondere in Süddeutschland ist die Partei Der Dritte Weg aktiv, die am 28. September 2013 in Heidelberg gegründet wurde. Dem Parteivorsitzenden Klaus Armstroph (ex-NPD) stehen auch hier Kader verbotener Vereinigungen zur Seite. Die Partei erinnert in der Inszenierung ihrer Aufmärsche an die im Februar 1995 verbotene Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei sowie die Fränkische Aktionsfront (Verbot im Januar 2004).

Daneben existiert eine Vielzahl an vor allem lokal oder regional aktiven neonazistischen „Kameradschaften“, die Flugblattverteilungen durchführen, Schulungsabende veranstalten und zu den Demonstrationen mobilisieren, wie sie jährlich beispielsweise in Bad Nenndorf, Remagen oder Magdeburg stattfinden. Ihnen geht es darum, in der Öffentlichkeit den deutschen Faschismus zu rehabilitieren und für eine rassistische Ausgrenzungspraxis zu werben.

Eine andere Strategie verfolgen Gruppen und Projekte wie das Institut für Staatspolitik, die Zeitschriften Sezession und Blaue Narzisse oder der Verlag Edition Antaios. Sie zielen unter Rückgriff auf Vertreter der antidemokratischen und menschenrechtsfeindlichen Konservativen Revolution der ersten Jahrzehnte des 20. Jahrhunderts zum einen auf die Umdeutung von Begrifflichkeiten und die Erringung der Deutungshoheit sowie zum anderen auf die Schulung einer neuen rechten Elite, die gesellschaftliche Machtstellungen besetzt. Mit der Wochenzeitung Junge Freiheit verfügten sie seit langem auch über eine in der Öffentlichkeit breit sichtbare Publikation. Allerdings hat nicht zuletzt ihre Unterstützung der Partei Alternative für Deutschland (AfD) auch Kritik von rechts laut werden lassen.

Die AfD ist zwar keine extrem rechte Partei; sie kann nur mühevoll ihre drei Strömungen – den neoliberalen Wirtschaftsflügel sowie die nationalkonservative und die rechtspopulistische Fraktion – integrieren. Personalauseinandersetzungen in mehreren Landesverbänden zeugen von Konflikten. Programmatisch hat sich die Partei seit der Gründung nach rechts entwickelt; die jüngste Hinwendung auch des Parteivorsitzenden Bernd Lucke zur Pegida verdeutlicht, dass die Partei auch von Aktivitäten profitieren möchte, die antimuslimisch sind und sich gegen eine der wirtschaftlichen Kapazitäten Deutschlands angemessene Aufnahme von Flüchtlingen wenden. Entsprechende Einstellungen sind in der Bundesrepublik Deutschland in erheblichem Umfang anzutreffen wie die Umfragen des Instituts für Interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld bzw. des Kompetenzzentrums für Rechtsextremismus- und Demokratieforschung der Universität Leipzig belegen. Auch die hohe Auflage, die Thilo Sarrazin mit seinem Buch „Deutschland schafft sich ab“ erzielen konnte, ist ein Indiz für die Zustimmung zu den von ihm formulierten rassistischen Sichtweisen auf aktuelle gesellschaftliche Situationen und Entwicklungen.

Die zentralen Kampagnen- und Mobilisierungsthemen der extremen Rechten und rechtspopulistischer Akteure lassen sich derzeit um vier Stichworte gruppieren: Rassismus, Nationalismus, Antifeminismus und Produktivismus.

Die rassistischen Kampagnen greifen gleich mehrere Themen und Entwicklungen auf. Hierzu zählen einerseits Demonstrationen und Unterschriftensammlungen gegen die Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen, die aufgrund von Not oder Verfolgung Sicherheit suchen. Ob im sächsischen Schneeberg oder in Berlin-Marzahn und Hellersdorf – regelmäßig gehören Neonazis zu den Organisatoren der Aktionen, denen es gelingt, rassistisch eingestellte Menschen aus der Mitte der Gesellschaft zu mobilisieren. Für die Neonazis sind dies erfolgreiche Mobilisierungen, mit denen es ihnen kurzzeitig gelingt, die Macht auf der Straße auszuüben. Vor Ort anwesenden Journalistinnen und Journalisten wurde von der Polizei jedenfalls mitgeteilt, man sei nicht in der Lage, sie vor Übergriffen zu schützen. Gleichzeitig wurden freilich antifaschistische Proteste massiv mit Polizeieinheiten eskortiert. In anderen Orten wurden Kampagnen gegen Armutsmigration durchgeführt, so in Duisburg, wo NPD und PRO-Bewegung auch an der Wahlurne von ihrer Hetze profitieren konnte.

Seit Jahren bereits werden – etwa anlässlich des Baus von Moscheen – antimuslimische Kampagnen organisiert, die darauf zielen, muslimischen Gläubigen das Recht auf eine angemessene Religionsausübung zu verwehren. Die Agitation arbeitet mit einem Zerrbild ‚des Islam‘ und verschweigt die Vielfalt der Formen, in denen sich muslimische Gläubigkeit zeigt. Insbesondere die Verbrechen des Islamischen Staates machen es der extremen Rechten und Rechtspopulisten leicht mit der Behauptung, der Islam als solcher sei gewalttätig. Unter dem Kürzel HoGeSa versammelten sich im September 2014 erstmals im Ruhrgebiet Hooligans öffentlich. Zu einer Demonstration in Köln am 26. Oktober 2014 kamen etwa 5.000 zusammen, von denen einige Passanten und Journalisten angriffen. Bei der Kundgebung spielte auch die Band Kategorie C, die in der Vergangenheit immer wieder in rechts-extremen Zusammenhängen auftrat. Tatsächlich ging es in den Redebeiträgen nur vordergründig um Salafismus, de facto wurde gegen Einwanderung und interkulturelle Gesellschaften agitiert. Nachfolgend geplante Aufmärsche in Berlin und Hamburg wurden verboten, aber am 15. November 2014 konnten sich erneut 3.000 in Hannover versammeln. Weitere Aktionen sind erst für 2015 angedacht.

Unter der Selbstbezeichnung Pegida wurde in Dresden erstmals am 20. Oktober eine Demonstration durchgeführt. An den folgenden Montagabenden stieg die Zahl der Teilnehmenden rasch auf 10.000 am 8. Dezember an. Dabei versammelten sich Hooligans, Anhänger rechter Parteien, AfD-Wähler und zahlreiche Bürgerinnen und Bürger, die ihre Ablehnung einer humanitären Flüchtlings- und Einwanderungspolitik zum Ausdruck bringen möchten. Zahlreiche der bei den Demonstrationen gerufenen Parolen, wie z.B. „Wer Deutschland nicht liebt, soll Deutschland verlassen“, stammen aus dem Arsenal der NPD. Zwar spricht die Gruppe davon, Deutschland gegen eine behauptete „Islamisierung“ verteidigen zu wollen. Auch hier zeigt sich aber an den Redebeiträgen und mitgeführten Transparenten, dass es um eine grundsätzliche Ablehnung gleichberechtigten muslimischen Lebens in Deutschland und von interkulturellem Austausch geht.

Eng verbunden mit den rassistischen Mobilisierungen sind häufig nationalistische Interpretationen und Forderungen.

Diese wollen beispielsweise die im Rahmen der Europäischen Union erreichte Freizügigkeit einschränken und wieder vollständig der Regelungsgewalt der einzelnen Nationalstaaten unterstellen. Auch die Kritik an der EU ist dabei nationalistisch aufgeladen, indem sie „Deutschland“ als Opfer darstellt.

Bedeutung hat für die extreme Rechte und andere rechte Gruppierungen in jüngster Zeit der Antifeminismus gewonnen. Dabei geht es nicht alleine um feministische Positionen im engeren Sinne, allerdings wird sichtbaren Vertreterinnen und Vertretern inzwischen auch öffentlich mit Gewalt gedroht. Die politischen Angriffe richten sich insgesamt gegen die Zielsetzung, unabhängig von der Geschlechtszugehörigkeit die gleichberechtigte Realisierung von Lebensentwürfen für alle Geschlechter zu ermöglichen. Dies reicht von einer Quote für Frauen in Aufsichtsräten über die rechtliche Gleichstellung von Homosexuellen in allen Angelegenheiten bis hin zu Fragen der Sexualpädagogik. Insbesondere in Baden-Württemberg sind in jüngster Zeit auch verstärkt Aktivitäten von fundamentalistischen Christinnen und Christen bekannt geworden, die Ärzte und Frauen unter Druck setzen, wo es um den Abbruch von ungewollten Schwangerschaften geht.

Schließlich findet sich im Produktivismus ein wichtiges Motiv rechter Agitation. Dieses basiert auf der Gegenüberstellung der ‚arbeitenden Bevölkerung‘ einerseits und Gruppen,

die als nicht-produktiv, faul oder arbeitsunwillig charakterisiert werden andererseits. Aus dieser Sichtweise speist sich zum Teil Ablehnung und Hass gegen Obdachlose, Roma, Langzeitarbeitslose und Menschen, die auf staatliche Transferleistungen angewiesen sind. Häufig verbindet sich diese Denkstruktur auch mit einem rigiden Leistungsdenken. Entsprechende Einstellungen finden sich nicht nur am Rand der Gesellschaft, sondern werden von zahlenmäßig relevanten und gesellschaftlich nicht randständigen Teilen der Bevölkerung geteilt.

Zu den besorgniserregenden Merkmalen der augenblicklichen Situation gehört, dass in den vier hier genannten Feldern in den Aktionen auf der Straße eine Abgrenzung zwischen der organisierten extremen Rechten und Menschen aus der Mitte der Gesellschaft zunehmend aufgehoben wird. Ob dies mittelfristig zu einer Stärkung der extremen Rechten führt, wird auch von den Antworten abhängen, die die politischen und gesellschaftlichen Kräfte geben, die für Menschenrechte, Gleichheit, Solidarität und Anerkennung eintreten.

Fabian Virchow leitet an der Fachhochschule Düsseldorf im Rahmen der Professur für Theorien der Gesellschaft und Theorien politischen Handelns den Forschungsschwerpunkt Rechtsextremismus/Neonazismus (www.forena.de).



Rechtspopulismus und rechtsextreme Orientierungen in der Arbeitswelt. Ursachen und Faktoren in einschlägigen Forschungsprogrammen

Josef Held



Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die gut in den Arbeitsprozess integriert sind, galten im öffentlichen Diskurs als eher nicht anfällig für Rechtspopulismus und Rechtsextremismus; als noch weniger anfällig wurden Gewerkschaftsmitgliederinnen und Gewerkschaftsmitglieder betrachtet. In den Gewerkschaften ging man lange davon aus, dass Personen mit schlechter sozialer Lage und Benachteiligung eher zu Rechtsextremismus neigen würden.

Schon Anfang der 1990er Jahre haben wir festgestellt, dass benachteiligte junge Arbeitnehmerinnen Arbeitnehmer eher weniger nach rechts tendieren als nicht benachteiligte und dass Gewerkschaftsmitgliederinnen und Gewerkschaftsmitglieder nicht weniger anfällig für Rechtspopulismus sind als andere Arbeitnehmergruppen. Wir haben seither weitere Jugendstudien durchgeführt, so die IG Metall-Jugendstudie und eine Regionalstudie zum Rechtsextremismus. 2009 haben wir für die Gewerkschaften eine Expertise zum „Rechtspopulismus in der Arbeitswelt“ vorgelegt.¹ Wir stellten dabei die Untersuchungen der Zentren für Rechtsextremismusforschung vor, die nach 2000 durchgeführt wurden, und verglichen sie miteinander. Im Folgenden wird zuerst kurz auf diese Studien eingegangen, dann ausführlich auf die Ergebnisse unserer Regionalstudie sowie der IG Metall-Jugendstudie.

Rechtspopulismus und Rechtsextremismus

Der Rechtspopulismus, wie wir ihn aus den Medien kennen, erweckt den Anschein, „als sei ‚Rechtspopulismus‘ das demokratisch geläuterte, zumindest sehr viel moderatere Pendant

1 Bibouche, Seddik/Held, Josef und Merkle, Gudrun (2009): Rechtspopulismus in der Arbeitswelt. eine Analyse neuerer Studien, Düsseldorf.

zum Rechtsextremismus, nicht etwa nur eine Spezialform desselben“.² Populismus und Rechtsextremismus bilden aber nach Butterwegge eine politische Familie. Sie unterscheiden sich in der Frage der Militanz und Gewaltbereitschaft, also in der Handlungskomponente. Der Rechtspopulismus vermeidet zugespitzte rechte Losungen, wie zum Beispiel „Ausländer raus“ und gibt sich seriös. Er nutzt öffentliche Diskurse zu gesellschaftlichen Problemen, spitzt sie zu und liefert für diese Probleme einfache Erklärungen und entsprechende politische Lösungen. Der Rechtsextremismus speist sich aus dem Rechtspopulismus und er besteht aus einer Orientierungs- und einer Handlungskomponente. Mein Thema ist im Folgenden der Rechtsextremismus beziehungsweise die rechten politischen Orientierungen vor allem bei jugendlichen Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen.

Forschungsstudien zu Rechtsextremismus in der Arbeitswelt seit dem Jahr 2000

Die Tübinger Forschungsgruppe hat die Studien der folgenden fünf Forschungsgruppen daraufhin analysiert, welche Anfälligkeit für Rechtsextremismus bei Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen festgestellt werden konnte:

- ▶ Die Berliner Studie „Gewerkschaften und Rechtsextremismus“³, gefördert durch die Otto-Brenner- und die Hans-Böckler-Stiftung
- ▶ Die Studien der Universität Leipzig „Rechtsextremismus als gesellschaftliches Problem“⁴, gefördert durch die Friedrich-Ebert-Stiftung
- ▶ Die Studien des Bielefelder Forschungsverbands „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (GMF)“⁵
- ▶ Die Jenaer Studie „Prekarität und Rechtspopulismus“⁶
- ▶ Die IG Metall-Jugendstudie „Politische Orientierungen junger Arbeitnehmer/innen“ + Regionalstudie⁷

2 Butterwegge, Christoph (2011): Was ist „Rechtspopulismus“? In: Bündnis „Rechtspopulismus stoppen“ (Hrsg.): Rechtspopulismus in Berlin, Berlin, S. 8.

3 Stöß, Richard (2005): Rechtsextremismus im Wandel, Berlin. Und: Stöß, Richard/ Fichter, Michael/ Kreis, Joachim und Zeuner, Bodo (2004): Abschlussbericht des Forschungsprojekts „Gewerkschaften und Rechtsextremismus“, Berlin.

Auffällig ist als erstes, dass die Studien keinen einheitlichen Begriff von Rechtsextremismus haben und dass vor allem der völkische Nationalismus, den wir für den Kern des Rechtsextremismus halten und auch des Rechtspopulismus, nicht im Mittelpunkt steht. Zusammenfassend könnte man sagen, dass bei den Studien ausgrenzende Orientierungen im Mittelpunkt stehen, wie zum Beispiel Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus und Abwertung von Behinderten sowie Obdachlosen. Die Ausgrenzung von anderen Gruppen wird demnach zum Kern des Rechtsextremismus gerechnet und unter diesem Gesichtspunkt kommen die verschiedenen Studien zu ähnlichen Ergebnissen. Da die Studien meist Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht gesondert berücksichtigen, hat die Tübinger Forschungsgruppe die Daten angefordert und die Daten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gesondert ausgewertet. Darauf bezieht sich der folgende Vergleich der Ergebnisse.

Es besteht weitgehend Übereinstimmung, dass es einen Unterschied zwischen west- und ostdeutschen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gibt, nämlich dass ostdeutsche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer stärker zu Rechtsextremismus neigen als Westdeutsche.

Auch bezüglich des Geschlechts kam man übereinstimmend zum Ergebnis, dass Frauen weniger zu Rechtsextremismus tendieren als Männer.

Auch finden sich in den meisten Studien kaum Unterschiede zwischen solchen, die in den Gewerkschaften Mitglieder sind und Nicht-Mitgliedern. Nur die Leipziger Studien sehen Gewerkschafter stärker für Rechtsextremismus anfällig als Nicht-Gewerkschafter.

Alle Studien sehen einen deutlichen Unterschied zwischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit hoher und niedriger Bildung. Solche mit niedrigerer Bildung haben durchweg höhere Rechtsextremismuswerte.

Die Ergebnisse lassen sich nicht leicht erklären. So schützt zum Beispiel höhere Bildung nicht gegen Rechtsextremismus an sich, da ja nur die Schulbildung erfasst wird und alle wissen, dass in Deutschland das Bildungsniveau mit der sozialen Schicht zusammengeht. Es findet sich zum Beispiel auch das Ergebnis, dass Arbeiterinnen und Arbeiter höhere Anfälligkeit für Rechtsextremismus zeigen als Angestellte und Selbstständige. Auch Frauen sind nicht grundsätzlich weniger anfällig für Rechtsextremismus als Männer und es gibt Untergruppen, bei denen es genau umgekehrt ist. Deshalb kommt zum Beispiel die Berliner Studie zu dem Ergebnis, dass Frauen anfälliger für

Rechtsextremismus sind als Männer. Das gleiche gilt für den Ost-West-Unterschied. Auch hier geht es eher um die politische Kultur und weniger um die schlechten sozialen Bedingungen, wie man vermuten könnte.

Die Berliner Studie hat sich sehr detailliert mit dem Unterschied zwischen Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern beschäftigt. Es hat sich dabei ihre „allgemeine Spiegelbildhypothese“ bestätigt, d.h. dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie die Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter ein Spiegelbild der Gesellschaft darstellen und sich bei rechtsextremen Orientierungen nicht unterscheiden. Die Leipziger Studien kommen zwar zu dem Ergebnis, dass Gewerkschaftsangehörige anfälliger für Rechtsextremismus als nicht gewerkschaftlich Organisierte sind, die Unterschiede sind jedoch nicht groß und in allen Studien zeigen die Ergebnisse, dass unter allen Gruppen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer rechtsextreme Orientierungen vorhanden sind. Es gibt also keine Gruppe, in der die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer besonders immun gegen rechte Orientierungen wären. So ist zum Beispiel interessant, dass Gewerkschaftsmitgliedern in Westdeutschland deutlich anfälliger für Rechtsextremismus scheinen als die Nicht-Gewerkschafter. Die Berliner Forscher erklären das damit, „dass die Abstiegsängste der Mittelschichten rechtsextremen Bewegungen viel mehr Energie verschaffen, als die eher hilflosen Klagen bereits Abgestiegener. Die sozial Aufgestiegenen werden also ganz besonders von Abstiegsangst befallen“.⁸ Die Gewerkschaftsmitgliedern, besonders die Passiven unter ihnen, sehen in den Gewerkschaften keine Gestaltungsmacht mehr, sondern nur ein Versicherungsschutz. Die Berliner Autoren nennen das die „Schutzsucherhypothese“. Unter den Gewerkschaftsmitgliedern habe weniger als zehn Prozent ein relativ geschlossenes gewerkschaftliches Überzeugungssystem. Deshalb sind bei ihnen – nach Aussage der Berliner Autoren – die Boulevardpresse und das Fernsehen die Hauptquelle der politischen Bildung. Das heißt, sie sind dadurch anfällig für den Rechtspopulismus.

Kritik an den Erklärungsversuchen der Studien

Sieht man sich die Ursachen an, die von den Studien für den Rechtsextremismus verantwortlich gemacht werden, so fällt auf, dass im Allgemeinen gesellschaftliche Entwicklungen für den Anstieg für Rechtsextremismus verantwortlich gemacht

4 Decker, Oliver und Brähler, Elmar (2005): Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ), 42, S. 8-17. Und: Decker, Oliver/ Weißmann, Marliese/ Kiess, Johannes/ Brähler, Elmar und Langenbacher, Nora (2010): Die Mitte in der Krise. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2010, Berlin.

5 Heitmeyer, Wilhelm (2009): Deutsche Zustände. Folge 1-7, Berlin S. 1-7.

6 Dörre, Klaus (2007): Prekarisierung und Rechtspopulismus - gibt es einen Zusammenhang? In: WISO Diskurs, Juni, S. 24-35. Und: Dörre, Klaus (2008): Prekarisierung und Ausgrenzung. Ursachen eines neuen Rechtspopulismus? In H.-H. Krüger & U. Schmode (Hrsg.): Fremd im eigenen Land? Erkundungen in den Zonen der Verwundbarkeit. Xenos-Berichte aus der Praxis, Hamburg, S. 105-119.

7 Bibouche, Seddik und Held, Josef (2002): IG-Metall-Jugendstudie. Lebenseinstellungen junger Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Neue Orientierungen und Engagementformen, Marburg . Und: Held, Josef u.a. (2008): Rechtsextremismus und sein Umfeld. Eine Regionalstudie, Hamburg.

8 Zeuner, Bodo u.a. (2007): Gewerkschaften und Rechtsextremismus. Anregungen für die Bildungsarbeit und die politische Selbstverständigung der deutschen Gewerkschaften, Münster, S. 56.

werden. Da wird von den Modernisierungsverlierern gesprochen, von der Desintegration der Gesellschaft, von der Individualisierung, die hilflos macht, von der Orientierungslosigkeit, von abwärts driftenden Regionen, der Prekarisierung, der Überforderung durch den schnellen Gesellschaftswandel und der Attraktivität einfacher Erklärungen bei mangelnder Bildung.

Es werden auch sozialpsychologische Mechanismen bemüht, wie zum Beispiel die Abwertung von Anderen als Mittel zur Selbstaufwertung. Gemeinsam ist solchen Erklärungsversuchen, dass sie Personen mit rechtsextremen Orientierungen, beziehungsweise Anfälligkeit für Rechtspopulismus Defizite unterstellen. Zwar werden auch weiterhin schlechte soziale Verhältnisse für den Rechtsextremismus verantwortlich gemacht, hinzukommen jedoch spezifischere Defizite, die in der Person selbst liegen. Das Problematische ist daran, dass die rechtsextremen Akteure zu Opfern stilisiert werden und dass man ihre Defizite durch kompensatorische Praxis zu verändern versucht. So hat man zum Beispiel im Osten Deutschlands nach der Wende an den Orten, in denen sich der Rechtsextremismus ausgebreitet hat, besondere Jugendprogramme eingeführt und Jugendhäuser errichtet. Die Rechtsextremen haben sich dafür dankbar gezeigt.

Auch dort, wo sich Rechtsextreme besonders stark zeigen, wird ihnen gern eine innere Schwäche diagnostiziert. Das bedeutet, dass man die Akteure nicht als politische Subjekte ernst nimmt, sondern hinter ihren Argumentationen persönliche Schwächen diagnostiziert. In unseren eigenen Untersuchungen wurde deutlich, dass die Rechtsextremen und ihre Anhänger aus einer Position der Stärke und nicht der Schwäche agieren.

Da in den Studien alle Formen von Ausgrenzung als Rechtsextremismus definiert werden, erkennt man nicht, dass Rechtsextreme politische Orientierungen entwickeln, die ihr Handeln anleiten und mit denen sie sich die Welt erklären.

Die Komponenten rechtsextremistischer Orientierungen

Wir haben in unseren Untersuchungen drei Komponenten des Rechtsextremismus unterschieden, nämlich den Nationalismus, den Autoritarismus und den Rassismus. Im Alltag werden Rechtsextreme sehr häufig als „Nazis“ bezeichnet und damit darauf hingewiesen, dass es sich um einen Nationalismus handelt, der geschichtliche Wurzeln hat. Der Autoritarismus ist eher auf der Handlungsebene angesiedelt. Das heißt, dass in autoritären, undemokratischen Verhaltensweisen die Lösung für gesellschaftliche Probleme gesehen wird. Der Rassismus ist demgegenüber in Deutschland eher versteckt und verbirgt sich im völkischen Nationalismus.

Wir haben untersucht, wie sich vom Beginn der 1990er-Jahre bis 2000 diese politischen Orientierungen entwickelt haben. Deutlich war dabei, dass der Nationalismus zugenommen hat, sowie der Autoritarismus auch, aber Rassismus, der ohnehin schon ein niedrigeres Niveau hatte, war noch weiter zurückgefallen. Das bedeutet aber nur, dass vor allem junge Menschen in Deutschland nicht so gerne mit rassistischen

Statements umgehen wollen und stattdessen eher zu einem völkischen Nationalismus neigen. In unseren Untersuchungen hat es einen deutlichen Zusammenhang zwischen dem völkischen Nationalismus und dem Rassismus gegeben.

Nationalismus, Autoritarismus und Rassismus stellen für Rechtsextreme einerseits Erklärungen für gesellschaftliche Problemlagen dar und bieten andererseits gleichzeitig Lösungen an, die genauer betrachtet unmenschlich sind. Interessant ist, dass Rechtsextremismus und Rechtspopulismus die aktuellen gesellschaftlichen Probleme aufgreifen, dass sie sogar Anleihen bei linken Erklärungen, zum Beispiel zu sozialen Fragen, nehmen und dann diese Erklärungen umdrehen, indem sie das Wort »deutsch« davor setzen. So haben schon die Nazis im Faschismus vor den linken Begriff Sozialismus das Wort national gesetzt. Durch den inzwischen entstandenen Rechtspopulismus, der sich harmlos gibt, gewinnen nationalistische Erklärungsfiguren eine besondere Attraktivität.

Ergebnisse des Tübinger Projekts „Rechtsextremismus und sein Umfeld“

Die Tübinger Forschungsgruppe hat bis 2008 eine Regionalstudie in einer Region durchgeführt, in der der Rechtsextremismus sich ausgebreitet hatte und besonders auffällig geworden ist. Es handelt sich um einen Landkreis in Baden-Württemberg, der nicht zu den „abwärts driftenden Regionen“ (siehe die Bielefelder Studien) gerechnet werden kann, sondern der in vielfacher Hinsicht eine prosperierende Region darstellt. Die Arbeitslosigkeit ist gering, auch der migrantische Bevölkerungsanteil ist niedrig, die industrielle Struktur ist gut entwickelt und die ganze Gegend wirkt wie eine Idylle. Unsere Forschungsfrage war, warum es in einer solchen Gegend zu besonderen rechtsextremen Aktivitäten gekommen ist. Wir haben dazu über 300 Jugendliche befragt und mit vielen Gruppendiskussionen durchgeführt. Auch Multiplikatorinnen und Multiplikatoren wurden interviewt und Beobachtungen vor Ort über längere Zeit durchgeführt.

Wir stellten fest, dass die lokale politische Kultur in dieser Gegend durch eine rechtsgerichtete Stimmung geprägt ist, die vor allem bei jungen Menschen deutlich zum Ausdruck kommt. Gleichzeitig war zwischen den Jugendlichen und ihren Eltern in der politischen Orientierung kaum ein Unterschied auszumachen. Rechtsextreme Vorstellungen haben auf viele Jugendliche eine starke Faszination ausgeübt. Wie kommt es in einer konservativ geprägten Region zu einer verbreiteten Akzeptanz von Rechtsextremismus? Wir nannten den wesentlichen Faktor dafür „Lokalismus“ und meinten damit eine pervertierte Form des Lokalpatriotismus. Wenn der lokale Patriotismus in Frage durch Globalisierungsprozesse und industrielle Entwicklungen gestellt ist, die die lokale Einheit gefährden, so kann es zu der Tendenz kommen, sich im Lokalen abzuschotten. Fremde werden zum Beispiel in einem solchen lokalen Umfeld leicht als Bedrohung wahrgenommen. Den Zusammenhang zwischen lokalen Orientierungen und rechtsextremen Orientierungen konnten wir mit unserer Untersuchung bestätigen. Alle drei Komponenten

des Rechtsextremismus, Nationalismus, Autoritarismus und Rassismus, die wir mit Skalen gemessen haben, zeigten einen deutlichen Zusammenhang zu den Rechtsextremismus-Skalen. Der höchste Zusammenhangswert fand sich bei der Nationalismus-Skala. Die Orientierung auf das Lokale, das heißt auf das Eigene, lässt einen Verallgemeinerungsprozess auf das Nationale zu. „Wir“ kann dann zum einen die lokale Gemeinschaft meinen, aber zum anderen auch die nationale Zugehörigkeit. Dieser Zusammenhang entsteht nicht automatisch, sondern vor allem unter dem Eindruck des Rechtspopulismus. Rechtsextreme Gruppen suchen ganz gezielt solche Gegenden für ihre Aktionen und Organisationsbemühungen, in denen sie an vorherrschenden Stimmungen anknüpfen können und das war auch hier der Fall.

Wir haben bei den Rechtsextremen unterschieden zwischen solchen diesseits und jenseits einer roten Linie. Die Rechtsextremen diesseits der roten Linie bemühen sich in der Region um Akzeptanz, indem sie zum Beispiel bürgerschaftliches Engagement entwickeln, sich sozusagen nützlich machen. Die Rechtsextremen jenseits der roten Linie, die sich oft schon auf der kriminellen Ebene bewegen oder bewegt haben, werden in der politischen Kultur der Gegend nicht akzeptiert, sie haben jedoch verdeckte Beziehungen zu den Rechtsextremen diesseits der roten Linie und geben im Allgemeinen eher den Ton an.

Welche typischen Haltungen von Jugendlichen in der Region fanden wir gegenüber den Rechtsextremen? Wir unterschieden:

1. Die Kritischen
2. Die Individualisierten
3. Die Lokalorientierten
4. Die Sympathisanten

Die Kritischen lehnen die Rechtsextremen ab und engagieren sich politisch. Es gibt aber hier auch extreme Gruppen, die dann zum Beispiel ein Lokal der Rechtsextremen überfallen und zu zerstören versuchen. Solche Aktionen sind insofern kontraproduktiv, da sie in der Bevölkerung auf Unverständnis stoßen.

Die individualisierten Jugendlichen betonten, dass sie mit den Rechtsextremen nichts zu tun haben und deswegen diese für sie auch kein Problem sei. Sie leben ihre eigene Kultur, die in Diskrepanz zur lokalen Kultur steht.

Die Lokalorientierten betonen gerne, dass es keinen Rechtsextremismus bei ihnen gibt, gleichzeitig schimpfen sie aber gern über Politik und die unsichere Zukunft. Verbreitet ist dabei eine gewisse politische Orientierungslosigkeit.

Die Sympathisanten zeigen sich offen gegenüber moderat formulierten rechtsextremen oder rechtspopulistischen Positionen und gehen gerne davon aus, dass es sich um eine Art Kulturkampf handelt. Gerne sehen sie sich dabei in einer defensiven Position.

Es handelt sich bei diesen vier typischen Haltungen, die wir bei Jugendlichen fanden, nicht um gleichberechtigte und in gleicher Proportion vertretene Haltungen, sondern es dominierten die Lokalorientierten und die Sympathisanten. Wir konnten in Schulen feststellen, dass das Wort „Nazi“ kein Schimpfwort war, sondern eine gewisse Attraktivität zeigte.

Wichtige Orte für die Entwicklung des Rechtsextremismus waren die Kommune, die Schule und bestimmte Vereine mit ihren ausgeprägten Traditionen. Wir untersuchten auch, ob die Auszubildenden einen Zusammenhang zu ihrer beruflichen Arbeit und der dortigen Kultur herstellen und machten die Erfahrung, dass der Arbeitsbereich offenbar nicht der Ort war, an dem rechte Orientierungen entstanden sind.

Eine wichtige Rolle für die Entwicklung der politischen Kultur in der Region haben die kommunalpolitisch Verantwortlichen, also vor allem die Bürgermeister. Deshalb befragten wir fast alle Bürgermeister in dieser untersuchten Region wie sie zu den Tendenzen des Rechtsextremismus stehen. Besonders interessant waren dabei die Äußerungen und Haltungen der Bürgermeister in den auffälligen Gemeinden, das heißt in denen der Rechtsextremismus aktiv vorhanden war. In diesen Gemeinden fanden wir die ignorierende Haltung, bei der immer abgestritten wird, dass es den Rechtsextremismus in der Gemeinde überhaupt gibt, oder in denen betont wird, dass die Leute nicht zum Ort gehören und von auswärts kommen. Die Verantwortlichen in der Gemeinde, die den Rechtsextremismus nicht ignorieren, versuchten ihn zu bagatellisieren, indem zum Beispiel von „Jugendsünden“ gesprochen wird, von „harmlosen Protestwählern“ oder auch „Ausländer und Linke“ für das Problem verantwortlich gemacht werden. Es gab aber auch die offensive Haltung, eine mutige, objektive Analyse, die dann aktiv gegen Rechtsextreme und ihre Vernetzung vorging.

Insgesamt haben wir festgestellt, dass es in den von Rechtsextremismus besonders betroffenen Gemeinden vorrangig eine Kultur des Wegsehens gab, indem man den Rechtsextremismus verharmlost hat. Der tiefere Grund lag darin, dass man die eigene Gemeinde in einem besonderen positiven Licht darstellte, was als Ausdruck der lokalistischen Orientierung gewertet werden konnte.

Auf diese Art und Weise entsteht eine politische Kultur, die für Rechtspopulismus anfällig ist. Für die Praxis bedeutet eine solche Erkenntnis, dass an der politischen Kultur zu arbeiten ist. Und das heißt, dass offensiv mit dem Rechtspopulismus umgegangen werden sollte und Gegenbewegungen zu unterstützen wären.

Josef Held ist emeritierter Professor der Erziehungswissenschaften an der Universität Tübingen. Er ist Leiter der Tübinger Forschungsgruppe für Migration – Integration – Jugend – Verbände.

Rechtspopulisten im Aufwind. Welche Folgen haben die Europawahlen?

Frank Decker



Im Vorfeld der Europawahlen war allenthalben von einem Erdbeben die Rede, das der EU durch den erwarteten Stimmenzuwachs euroskeptischer Parteien am linken und insbesondere rechten Rand des politischen Spektrums drohe. Dieser Stimmenzuwachs ist tatsächlich eingetreten. Ob man darin ein Erdbeben sieht, hängt aber stark von der Perspektive ab. Die Stimmengewinne der Rechtsparteien gingen im Wesentlichen auf das Konto von vier Ländern: Frankreich (mit dem Front National), Großbritannien (mit der United Kingdom Independence Party), Dänemark (mit der Dansk Folkeparti) und Deutschland (mit der Alternative für Deutschland). Dem stehen auf der anderen Seite stagnierende, rückläufige oder ganz ausbleibende Wahlerfolge der Rechtsparteien in den übrigen Mitgliedstaaten gegenüber. Betrachtet man nur den harten Kern der westeuropäischen Rechtspopulisten – die Partij voor de Vrijheid von Geert Wilders in den Niederlanden, die italienische Lega Nord, den belgischen Vlaams Belang, die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) und den Front National –, so hat dieser gegenüber 2009 um 13 Sitze zugelegt (von 24 auf 37). Von diesen 37 Sitzen entfallen aber wiederum allein 23, also fast zwei Drittel auf den Front National, der sich gegenüber 2009 um 16 Sitze steigern konnte, während die übrigen Parteien (mit Ausnahme der FPÖ) an Stimmen und Mandaten einbüßten.

Die Zusammensetzung des Europäischen Parlaments nach der Neukonstituierung der Fraktionen entlang eines Links-Rechts-Schemas weist eine bemerkenswerte Stabilität auf. Das linke Lager aus Sozialdemokraten, Grünen und Linkssozialisten konnte sich danach von 287 auf 293 Mandate leicht verbessern; das rechte Lager aus Christdemokraten, Konservativen und Rechtspopulisten (einschließlich der fraktionslosen Teile) büßte nur marginal ein (391 gegenüber 394 Mandaten). Größere Unterschiede gibt es mit Blick auf die internen Kräfteverhältnisse. Während die nicht allzu großen

Gewinne der Linksaußenparteien hier stärker auf Kosten der Grünen als der Sozialdemokraten gingen, die ihren Sitzanteil nahezu halten konnten, mussten die Christdemokraten im rechten Lager wesentlich mehr Federn lassen. Ihren Verlusten von 52 Sitzen standen Zuwächse der Konservativen von 16 Mandaten und der Rechtspopulisten von 36 Mandaten gegenüber. Von den letzteren entfielen 17 auf die Fraktion „Europa der Freiheit und der direkten Demokratie“, der auch die britische UKIP angehört, und 19 auf die fraktionslosen Abgeordneten, die die Vertreter des oben genannten „harten Kerns“ umfassen.

Eine Kräfteverschiebung lässt sich auch erkennen, wenn man die Parteien bzw. Fraktionen in solche einteilt, die der europäischen Integration eher positiv, und solche, die ihr eher skeptisch oder gar feindlich gegenüberstehen. Die erste Gruppe, zu der neben Christ- und Sozialdemokraten auch die Liberalen und die Grünen gehören, büßten nach dieser Aufteilung 79 Mandate ein, während die rechten und linken EU-Kritiker 66 Sitze zulegten.

Wie lässt sich der Aufstieg der EU-skeptischen Populisten erklären? Zunächst ist darauf hinzuweisen, dass Außenseiterparteien des rechten und linken Rands auch bei vergangenen Europawahlen in der Regel besser abgeschnitten haben als bei den nationalen Wahlen in ihren Ländern. Der Grund dafür liegt im second order-Charakter der europäischen Wahlen, die einerseits von den Bürgern in ihrer Bedeutung als nachrangig betrachtet und andererseits von den Parteien primär unter nationalen Gesichtspunkten geführt werden. Letzteres hat auch diesmal wieder zahlreiche Wählerinnen und Wähler motiviert, ihr Mütchen an den Parteien der jeweiligen nationalen Regierungen zu kühlen. Etwas anders verhält es sich mit dem ersten Teil der Gleichung. Dank der Euro-Krise rückten bei den Europawahlen diesmal europäische Themen tatsächlich stark nach vorne, auch wenn diese weiterhin durch die nationale Brille betrachtet wurden. Hinzu kommt, dass die europäischen Parteienfamilien ebenfalls zum ersten Mal mit gemeinsamen Spitzenkandidaten zur Wahl antraten. Die Erwartung, dass beides zusammengenommen einen Mobilisierungsschub auslösen und eine Trendumkehr der 2009 auf ein Rekordtief (43,0 Prozent) gefallenen Wahlbeteiligung bewirken würde, war allerdings trügerisch: die Marke fiel mit 42,5 Prozent sogar noch darunter.

Zu den Paradoxien der Europäisierung gehört, dass sie ausgerechnet durch die euroskeptischen Parteien befördert wird. Diese wenden sich nicht nur gegen eine weitere Vergrößerung der EU und Vertiefung ihres supranationalen Charakters, sondern möchten den bereits erreichten Integrationsstand am liebsten zurückdrehen. Das Paradoxe liegt auch darin, dass die anti-europäische Ausrichtung diese Parteien stärker

miteinander verbindet, als es die pro-europäische Ausrichtung bei den etablierten Parteien tut. Ideologisch eint sie dagegen weniger, was unter anderem daran ablesbar ist, dass nur ein Teil der EU-Skeptiker bereit ist, sich im Europaparlament zu einer gemeinsamen Fraktion zusammenzuschließen. Bei den etablierten Parteien ist es genau umgekehrt: Sie verbindet weltanschaulich mehr als sie integrationspolitisch trennt, doch war die gemeinsame inhaltliche Klammer in der Auseinandersetzung mit den anderen europäischen Parteienfamilien bisher stets zu schwach, um eine diesen Namen verdienende Europäisierung der Wahlen herbeizuführen.

Euroskeptiker finden sich nicht nur innerhalb der rechtspopulistischen Parteienfamilie, sondern auch in den Reihen anderer Parteien (einschließlich der Linken). Unter den rechtspopulistischen Parteien ist die Euroskepsis heute allerdings allgegenwärtig, gehört sie zur programmatischen Grundausrüstung. Das war nicht von Anfang an so. Als die neuen Rechtspopulisten in den 1980er Jahren die politische Bühne betraten und sich in den westeuropäischen Parteiensystemen reihum festsetzten, verfochten die meisten von ihnen zum Teil dezidiert pro-europäische Positionen. Dies hatte einerseits mit ihrer damals noch überwiegend wirtschaftsliberalen Ausrichtung zu tun (wie beim französischen Front National), zum anderen spiegelte sich darin die Anti-Haltung zur Regierungspolitik auf nationaler Ebene, gegenüber der die europäischen Institutionen als leuchtendes Vorbild erschienen (wie bei der italienischen Lega Nord). Die Hinwendung zum Anti-Europäismus erfolgte erst, als sich die Schattenseiten der neoliberalen Modernisierung in den 1990er Jahren zunehmend bemerkbar machten. Bei den Wahlen zahlte sich das zunächst nicht direkt aus – am Beginn der neuen Dekade (zwischen 2000 und 2005) hatten die Rechtspopulisten sogar mit Verlusten zu kämpfen. Als die Finanz- und Eurokrise einsetzte, konnten sie jedoch ihre Anti-Haltung zur EU voll ausspielen und damit neue Rekordwerte der Wählerunterstützung verbuchen.

Der Euroskeptizismus knüpft an die programmatische und elektorale Gewinnerformel des europäischen Rechtspopulismus an. In ökonomischer Hinsicht profitieren seine Vertreter von den Abstiegsängsten, die im Zuge der beschleunigten Modernisierung immer größere Teile der Mittelschichten erfassen. In kultureller Hinsicht greifen sie das Bedürfnis nach Zugehörigkeit und Identität auf, die in der scheinbaren Wertebeliebigkeit der multiethnisch zusammengesetzten Gesellschaften verloren zu gehen drohen. Und in politischer Hinsicht thematisieren sie die wachsende Kluft zwischen Regierenden und Regierten, die das Vertrauen in das demokratische System untergrabe. Die EU bündelt diese Krisenphänomene wie unter einem Brennglas. Ökonomisch wird sie als Urheber von Verteilungungerechtigkeiten innerhalb der Gesellschaften sowie Konflikten zwischen den auseinanderdriftenden Mitgliedern der Währungsunion betrachtet. Kulturell nährt sie die Sorgen vor unkontrollierter Zuwanderung und dem Verlust nationaler Eigenständigkeit. Und politisch leidet sie unter einem angeborenen und/ oder von den Eliten bewusst in Kauf genommenen Demokratiedefizit.

Die Wirkungsmacht dieser Programmformel ergibt sich aus ihrer vermeintlichen oder tatsächlichen Kohärenz.

Als gemeinsame Klammer oder übergeordnetes Kriterium fungiert die Kritik an den herrschenden Eliten, die den eigentlichen Kern des Populismus umschreibt. Querverbindungen bestehen auch zwischen den wirtschaftlichen und kulturellen Aspekten der Modernisierung. Indem sie die gesellschaftlichen Folgen einer Wirtschaftspolitik anprangern, die einseitig auf Wachstum, Flexibilisierung und die Beseitigung von Marktbarrieren programmiert ist, bewegen sich die Rechtspopulisten in der Tradition sowohl der konservativen als auch der linken Kapitalismuskritik. Ökonomisch vertreten ihre Protagonisten heute hauptsächlich etatistisch-protektionistische, in der Gesellschaftspolitik national-konservative Positionen. Diese anti-liberale Grundhaltung, die sich einerseits von der Marktgläubigkeit der christdemokratischen und konservativen Parteien, andererseits von der kulturellen Modernität der Sozialdemokraten abhebt, verleiht den rechtspopulistischen Botschaften ihre Überzeugungskraft und Glaubwürdigkeit. Die größte Resonanz entfaltet sie beim Thema Zuwanderung.

Seit dem Aufstieg Adolf Hitlers in den 1930er Jahren hat sich in den Sozialwissenschaften die Idee verbreitet, dass rechtsextreme Parteien vorzugsweise in wirtschaftlichen Krisenzeiten reüssieren, wenn Arbeitslosigkeit und Inflation steigen. Vergleicht man die Europawahlergebnisse in den Nord- und Südländern miteinander, ergibt sich freilich ein anderer Befund. Die Rechtsparteien haben danach gerade in den Ländern am besten abgeschnitten bzw. ihre stärksten Zugewinne erzielt, die von den Folgen der Krise vergleichsweise wenig betroffen waren: Österreich, Dänemark, Deutschland, Frankreich, Niederlande und Schweden. Die einzige Ausnahme ist Ungarn, das von der Krise hart getroffen wurde: Hier verbuchte die rechtsextreme Jobbik das viertbeste Ergebnis einer rechtsextremen Partei unter allen 28 Mitgliedstaaten.

Dieser Befund deckt sich mit den von der Forschung mittlerweile gut ausgeleuchteten Entstehungsgründen und -bedingungen der rechtspopulistischen Parteien in den siebziger und 1980er Jahren. Geht man davon aus, dass die Parteiensysteme demokratischer Staaten im Wesentlichen durch zwei Konfliktlinien geprägt sind, einen sozioökonomischen Verteilungs- und einen soziokulturellen Wertekonflikt, so handelt es sich bei den neuen Rechtsparteien in erster Linie um ein Phänomen der Wertepolitik. Das verbindet sie mit den in den 1970er Jahren entstandenen grünen Parteien, deren ideologischen Gegenpol sie auf der kulturellen Konfliktachse markieren. Die ökonomischen Entwicklungen sind also nicht der eigentliche Auslöser der populistischen Reaktion. Stattdessen fügen sie sich in das breitere Bild eines Gesellschaftswandels, dessen Rückwirkungen auf die Lebenswirklichkeit durch die Wirtschaft lediglich verstärkt werden. Die Schlüsselbegriffe dieses Wandels lauten Flexibilisierung und Individualisierung. Die Wähler der neuen Rechtsparteien werden häufig als „Modernisierungsverlierer“ apostrophiert, was sie aber nur in einem relativen oder subjektiven Sinne sind. Das heißt, ihre Misere ist nicht an die tatsächliche soziale Lage gebunden, sondern an empfundene Verlustängste, das Gefühl, zum benachteiligten und abstiegsbedrohten Teil der Gesellschaft zu gehören. Diese Angst versuchen die neuen populistischen

Parteien mit der Wiederherstellung traditioneller Ordnungsvorstellungen und gemeinschaftlicher Bindungen, sei es an die Nation, Religion oder Familie, zu beantworten.

Wirtschaftliche Krisen spielen ihnen dabei durchaus in die Hände, lassen sie sich doch an den identitätspolitischen Kern ihrer Programmatik gut anschließen. Dies gilt gerade für Länder mit einem hohen Niveau sozialstaatlicher Leistungen, wo sich die Ressentiments der eingewanderten Bevölkerung gegen die vermeintlich nicht zugehörigen und mithin nicht teilhabeberechtigten Zuwanderer richten. Sozialökonomische Verteilungskonflikte werden auf diese Weise sozialkulturell aufgeladen und in ethnische oder nationale Konflikte „umgefälscht“, wie es Jürgen Habermas in Bezug auf die Euro-Krise ausgedrückt hat. Dass dafür auch und gerade solche Wählerinnen und Wähler empfänglich sind, die aufgrund ihrer sozioökonomischen Position und Interessen eigentlich nach links tendieren müssten, birgt keine große Überraschung, da diese in kulturellen Fragen fast immer weiter rechts stehen als ihre Parteien. Für die Linke könnte es also lohnend sein, sich in der Wählersprache bestimmter Versatzstücke rechtspopulistischer oder konservativer Ideologien zu bedienen, um die eigene Unterstützungsbasis zu verbreitern. Umgekehrt hat der unerwartet hohe Zulauf, den die neuen Rechtspopulisten seit den 1990er Jahren unter Arbeitern und Arbeitslosen erzielen konnten, zu einer Linksverschiebung in deren Programmatik geführt. Nachdem diese zunächst noch sehr stark neoliberal akzentuiert war, treten die neuen Rechtsparteien heute in vielen Ländern als die vehementesten Verteidiger des Wohlfahrtsstaates auf.

Die Einschränkung „in vielen Ländern“ ist wichtig. Der gemeinsame ideologische Nenner und gesellschaftliche Entstehungshintergrund des neuen Rechtspopulismus darf nämlich nicht darüber hinwegtäuschen, dass es innerhalb der Parteienfamilie immense Unterschiede gibt. Bezeichnend für die Heterogenität des Rechtspopulismus ist das Scheitern der Fraktionsbildung in dessen hartem Kern, wo sich Geert Wilders und Marine Le Pen vergeblich mühten, über den Fünferkreis hinaus zwei weitere nationale Parteien zur Mitarbeit zu bewegen; dies wäre für das Zustandekommen einer Fraktion notwendig gewesen.

Auch wenn sie zahlenmäßig zugelegt haben, werden die Rechtspopulisten im nächsten Europaparlament von daher keinen nachhaltigen Einfluss ausüben. Zu einer abge-

stimmten Obstruktion sind schon aufgrund ihrer immanenten Schwäche außerstande, was sich zugleich an den oftmals selbstzerstörerischen Tendenzen ablesen lässt, den diese Parteien in ihrer eigenen Organisation entwickeln. Für die europäische Politik liegt darin kein wirklicher Trost. Sie bräuchte im Grunde einen neuen Aufbruch, der aus der Unzulänglichkeit des bisherigen Integrationsprojekts Konsequenzen zieht. Denn so wie eine Währungsunion ohne sie begleitende Fiskal-, Konjunktur- und Wachstumspolitik auf Sand gebaut ist, so kann es nicht funktionieren, wenn die Bewältigung der sozialen, ökologischen und kulturellen Nebenwirkungen, die sich aus dem Marktgeschehen ergeben, in der EU weiter den Nationalstaaten aufgebürdet wird. Zu einem offensiven Gegenentwurf für „Mehr Europa“, der mit einem Bekenntnis zur Politischen Union einhergeht, scheinen die großen Parteien zurzeit jedoch nicht in der Lage. Stattdessen begeben sich viele von ihnen selbst auf das Terrain des Rechtspopulismus, indem sie in das „bashing“ der Brüsseler Bürokratie einstimmen und sich mit Vorschlägen überbieten, welche Zuständigkeiten der Gemeinschaft am besten entzogen werden könnten.

Hier – und nicht in der direkten Beeinflussung der Entscheidungsprozesse durch die gestärkte Gruppe der versammelten EU-Skeptiker im Europäischen Parlament – liegt denn auch die eigentliche Gefahr. Wie weit die etablierten Kräfte unter dem Druck der Rechtspopulisten inzwischen zurückweichen, zeigt sich nirgendwo deutlicher als im Vereinigten Königreich, wo Premierminister David Cameron gegen seinen Willen gezwungen worden ist, ein Referendum über den Verbleib des Landes in der EU anzukündigen. Die anderen Länder können auf diesen Sonderweg nicht mit einem „jetzt erst recht“ antworten, denn auch hier befinden sich die Befürworter weiterer Integrations Schritte längst in der Defensive. Unter diesen Bedingungen wäre es schon ein Erfolg, wenn der Weg des „Durchlavierens“, den die EU im Zuge der Euro-Krise eingeschlagen hat, in den kommenden Jahren fortgesetzt wird und es zu keinen größeren Rückschlägen des Einigungsprozesses kommt.

Frank Decker ist Professor am Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie an der Rheinischen Friedrich-Wilhelm-Universität Bonn.

Unterstütze uns!

Seit unserer Gründung im Jahr 1986 engagieren wir uns für Gleichbehandlung, gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Rechtsextremismus insbesondere in der Arbeitswelt. Wir sind ein gewerkschaftlicher Verein und eine der ältesten antirassistischen Organisationen in Deutschland.

Um unsere Arbeit erfolgreich fortzusetzen, brauchen wir Deine finanzielle und ideelle Unterstützung! In Form einer Fördermitgliedschaft als auch durch eine Spende. Durch die

Werbung weiterer Fördererinnen und Förderer, durch das Tragen des Ansteckers, durch aktives Eintreten für Gleichberechtigung, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus am Arbeitsplatz und in der Gesellschaft.

Unsere Bankverbindung

NORD/LB

BIC: NOLADE2H

IBAN: DE17 2505 0000 0152 0339 99

Sowohl der Förderbeitrag als auch Spenden an den Verein können steuerlich abgesetzt werden.

Fördermitgliedschaft

Mit einer jährlichen Spende kannst Du den Verein als Fördermitglied unterstützen und an vielen Aktivitäten teilnehmen. Die Fördermitglieder erhalten regelmäßig Informationen über die Aktivitäten des Vereins. Der Mindestbeitrag beträgt 36 Euro im Jahr. Ein höherer Beitrag ist sehr willkommen.

Ja, ich möchte Fördermitglied werden. Mein Förderbeitrag beträgt 36 Euro, 50 Euro, 75 Euro, 100 Euro, Euro und wird jährlich zu Lasten meines Kontos durch Lastschrift eingezogen.

Ja, ich möchte mich aktiv engagieren.

Name:	<input type="text"/>	Organisation/ Gewerkschaft:	<input type="text"/>
Vorname:	<input type="text"/>	Funktion:	<input type="text"/>
Straße:	<input type="text"/>	Telefon:	<input type="text"/>
PLZ/Ort:	<input type="text"/>	E-Mail:	<input type="text"/>

Einverständniserklärung (Zutreffendes bitte ankreuzen.)

Ich bin damit einverstanden Ich bin NICHT damit einverstanden, dass ich mit Name, Vorname, Gewerkschaftszugehörigkeit, Funktion und Wohnort als Fördermitglied in „Aktiv + Gleichberechtigt“ (Print-, Webseite- und E-Mail-Version) erwähnt werde.

Mach meinen Kumpel nicht an! – für Gleichbehandlung, gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit e.V.,
Hans-Böckler-Str. 39, 40476 Düsseldorf
Gläubiger-Identifikationsnummer: DE40GHF00000595799

SEPA-Lastschriftmandat (Die Mandatsreferenz wird separat mitgeteilt.)

Ich ermächtige »Mach meinen Kumpel nicht an! – für Gleichbehandlung, gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit e.V.«, Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von »Mach meinen Kumpel nicht an! – für Gleichbehandlung, gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit e.V.« auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen. Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belastenden Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

Kontoinhaber:	<input type="text"/>															
Straße:	<input type="text"/>										PLZ/Ort:	<input type="text"/>				
IBAN:	D	E	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	
BIC:	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	
Ort/Datum:	<input type="text"/>										Unterschrift:	<input type="text"/>				

Werde aktiv und nutze unser Angebot!

Die Bekämpfung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit sowie die Beseitigung von Diskriminierung bleibt ein zentrales Thema unserer Gesellschaft. Ungleichbehandlung in Betrieben und Verwaltungen, fremdenfeindliche Schmierereien oder rechte Stammtischparolen am Arbeitsplatz oder in der Schule kommen immer wieder und überall vor. Daher machen Aktionen gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus immer Sinn – auch wenn es im Alltag noch andere Probleme gibt.

Werde aktiv und nutze unser Angebot!

Informieren und Vernetzen

Anregungen für Deine Aktivitäten kannst Du Dir auf unserer **Webseite** holen. Dort warten auf Dich u.a. unser **Newsletter „Aktiv für Chancengleichheit“** (auch als Print- und E-Mail-Version erhältlich) und die **Good Practice Datenbank**. Hier findest Du Informationen zu Initiativen und Projekten aus Gewerkschaften, Unternehmen, kleineren und mittleren Betrieben, Verwaltung, Berufsschulen/-kollegs, aber auch Bildungsangebote der Gewerkschaften und viele Studien und Handreichungen. Im Passwortgeschützten **Forum** kannst du dich mit Kolleginnen und Kollegen austauschen, Aktionen planen und noch mehr Ideen für Deine Arbeit gegen Diskriminierung und Rassismus holen!

Engagement anregen, Engagement auszeichnen

Du, Deine Berufsschule/-kolleg oder Betrieb können an unserem **Wettbewerb „Die Gelbe Hand“** teilnehmen und mit einem Wettbewerbsbeitrag ein kreatives Zeichen gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und für ein solidarisches Miteinander zu setzen! Attraktive Preise warten auf Dich!

Fachwissen teilen

Für Deinen Betrieb, Gewerkschaft, Berufsschule/-kolleg oder Organisation bieten wir **Veranstaltungen und Vorträge** rund um Rechtsextremismus, Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Gleichbehandlung in der Arbeitswelt an. Wir entwickeln auch **Bildungsmaterialien**, die in Ausbildungsbetrieben, Berufsschulen und JAV-Seminaren eingesetzt werden können. Ruf uns an, wir beraten dich gerne auch telefonisch.

Zeichen setzen

Unser **Logo**, die Gelbe Hand, kannst Du auf Plakate, Flyer oder Broschüren setzen. Unsere **Anstecker, Aufkleber und Fahnen** eignen sich hervorragend für Aktionen gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Rechtsextremismus. Du kannst sie käuflich erwerben und dadurch auch die Arbeit des Vereins unterstützen.



MACH' MEINEN KUMPEL NICHT AN!

Mach meinen Kumpel nicht an! – für Gleichbehandlung, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus e.V.

Hans-Böckler-Straße 39
40476 Düsseldorf

Tel.: 0211 / 43 01-193
Fax: 0211 / 43 01-134

info@gelbehand.de
www.gelbehand.de
www.facebook.de/gelbehand